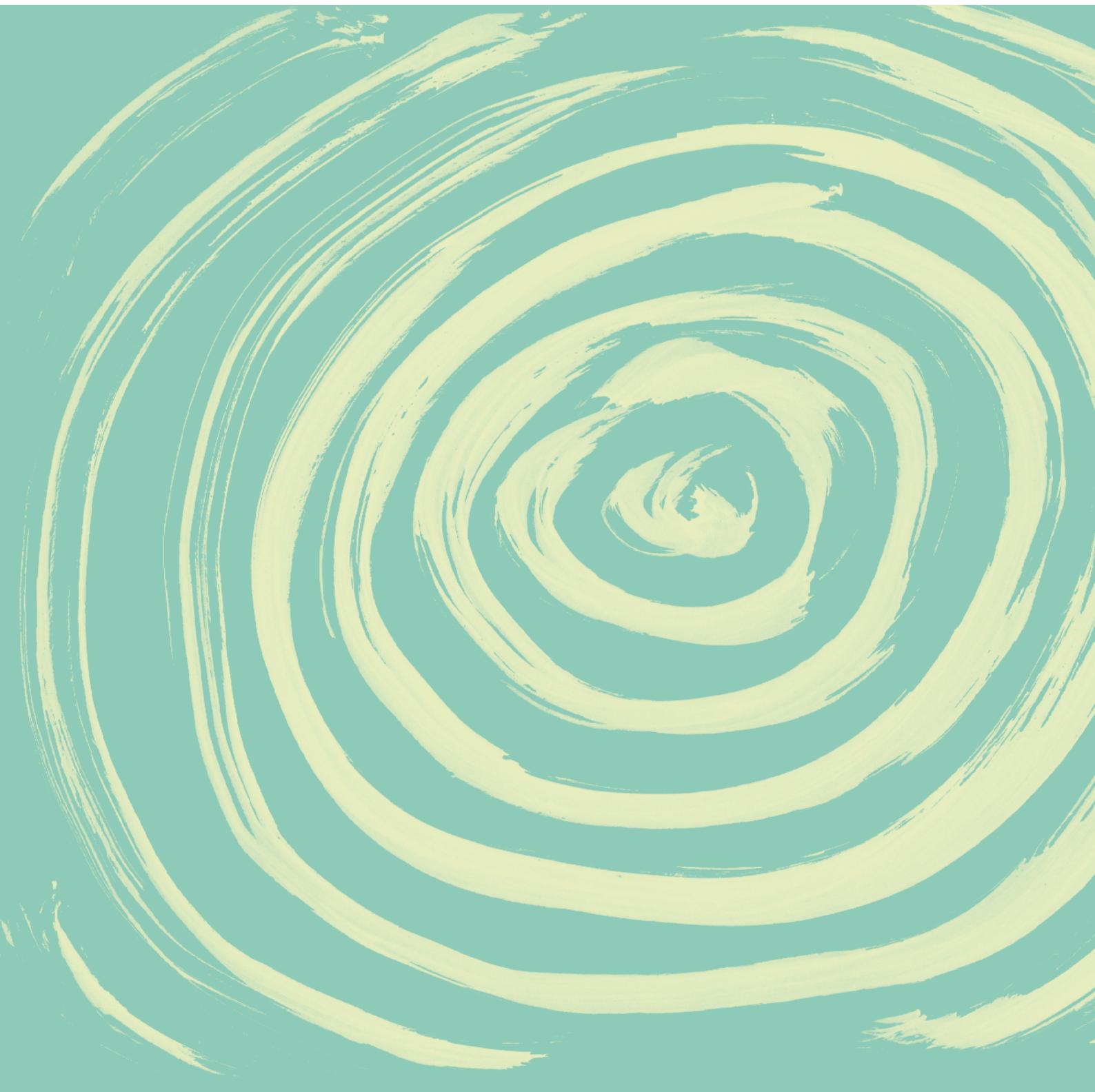


Behinderung und internationale Entwicklung Disability and International Development

Themen: Inklusion in der Katastrophenvorsorge

Themes: Inclusion in Disaster Preparedness



Inhalt

Vom Warum zum Wie: Reflexionen zur Umsetzung des Sendai Frameworks for Disaster Risk Reduction im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen <i>Martin Kunstmann/Oliver Neuschäfer</i>	4
Inklusive Katastrophenvorsorge und Risikominderung in der Praxis: das Fallbeispiel Haiti <i>Eileen Schultdt</i>	9
Leben retten und dabei niemanden zurücklassen. Inklusive Katastrophenvorsorge auf Gemeindeebene in Bangladesch <i>Oliver Neuschäfer/Manuel Rothe</i>	14
Inclusion: From a Global Commitment to Local Actions 5 Inclusion Musts: Local and Operational Principles to Ensure Inclusion in DRR Actions <i>Chrysant Lily Kusumowardoyo/Melina Margaretha</i>	19
Inclusive Disaster Risk Reduction in Myanmar <i>Kai Pohlmann</i>	28
Katastrophenhilfe muss inklusiv sein <i>Anna Hückmann</i>	35
Kurzmeldungen/Announcements	40
Literatur	47

Impressum

[Impressum | Masthead](#)
[Behinderung und internationale Entwicklung](#)
[Disability and International Development](#)

[Herausgeber | Editor](#)
[Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.](#)
[Disability and Development Cooperation](#)

[Anschrift | Address](#)
Altenessener Straße 394-398
45329 Essen
Tel.: +49 (0)201/17 89 123
Fax: +49 (0)201/17 89 026
E-Mail: info@inie-inid.org
Internet: www.zeitschrift.bezev.de

Für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Zeitschrift im Internet erhältlich:
www.zeitschrift.bezev.de
[For persons with visual impairment, an electronic version of the journal is available at](#)
www.zeitschrift.bezev.de

[Redaktionsgruppe | Editorial Board](#)

Dr. Isabella Bertmann, Prof. Dr. Michael Boecker,
Dr. Christine Bruker, Lukas Groß,
Dr. Thorsten Hinz, Jana Offergeld,
Prof. Dr. Sabine Schäper, Gabriele Weigt

[Schriftleitung | Editorship](#)

Gabriele Weigt

[Redaktionsassistenz | Editorial Assistance](#)

Katharina Silter

[Gestaltung | Layout](#)

Amund Schmidt

[Druck | Print](#)

Druckerei Nolte, Iserlohn

[Bankverbindung | Bank Details](#)

Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE08 370 205 000 008 040 706

Die Zeitschrift Behinderung und internationale Entwicklung ist eine Publikation des Instituts für inklusive Entwicklung. Das Institut wird getragen von Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.

The journal Disability and International Development is a publication of the Institute for Inclusive Development. The Institute is part of Disability and Development Cooperation.

Hinweis: Für den Inhalt der Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Veröffentlichung von Beiträgen aus der Zeitschrift in anderen Publikationen ist möglich, wenn dies unter vollständiger Quellenangabe geschieht und ein Belegexemplar übersandt wird.

Please note that the authors are responsible for the content of the articles. Published articles do not necessarily reflect the opinion of the editorial board. Papers published in the journal Disability and International Development may be reprinted in other publications if correctly cited and if a copy is forwarded to the contact provided above.

ISSN 2191-6888 (Print)

ISSN 2199-7306 (Internet)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Überschwemmungen in Mosambik in Folge des Zyklons Idai lassen dieser Ausgabe der Zeitschrift eine nicht erwartete Aktualität zukommen. Idai gilt als einer der stärksten Wirbelstürme der südlichen Hemisphäre und hat neben Mozambique auch Malawi und Simbabwe schwer getroffen.

Wir müssen davon ausgehen, dass durch den Klimawandel bedingt extreme Wetterereignisse in Zukunft häufiger auftreten werden, die zum Teil das Ausmaß einer Katastrophe annehmen können und dadurch die Zahl der Naturkatastrophen ansteigen wird. Laut dem Weltrisikobericht sind die Katastrophenrisiken ungleich verteilt und betreffen vor allem Inselstaaten und Staaten mit mittleren und niedrigen Einkommen. Außerdem stellt dieser fest, dass gleichzeitig meist der Reichtum eines Landes darüber entscheidet, wie viele Menschen bei Naturkatastrophen überleben.

Für das Überleben der Menschen ist ein gut ausgebauter und funktionierender Katastrophenschutz von großer Bedeutung. Beim Erdbeben und dem nachfolgenden Tsunami 2011 in Fukushima konnte nachgewiesen werden, was vorher nur vermutet worden war, dass doppelt so viele Menschen mit Behinderung der Katastrophe zum Opfer gefallen waren im Vergleich zu Menschen ohne eine Behinderung. Es ist daher von hoher Relevanz, dass nicht nur die Erst- und Nothilfe barrierefrei und inklusiv durchgeführt werden, sondern dass ein inklusives System der Katastrophenversorgung existiert.

In diesem Heft finden Sie Informationen darüber, welche Rahmenbedingungen in diesem Bereich existieren, wie die inklusive Katastrophenvorsorge in die Praxis Eingang gefunden hat und welche Aspekte von besonderer Bedeutung sind.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre Redaktionsgruppe

Dear readers,

the floods in Mozambique following Cyclone Idai give this issue of the journal an unexpected topicality. Idai is regarded as one of the strongest hurricanes in the southern hemisphere and has hit Malawi and Zimbabwe hard as well as Mozambique.

We must assume that extreme weather events caused by climate change will occur more frequently in the future, some of which may assume the magnitude of a catastrophe and thus the number of natural disasters will increase. According to the World Risk Report, disaster risks are unevenly distributed and mainly affect island states and low and middle-income countries. It also notes that it is usually the wealth of a country that determines how many people survive natural disasters.

A well-developed and functioning civil protection system is of great importance for people's survival. The 2011 earthquake and subsequent tsunami in Fukushima proved what had previously only been assumed to have killed twice as many persons with disabilities as compared to persons without disabilities. It is therefore of great relevance that not only first aid and emergency aid are carried out barrier-free and inclusive, but that an inclusive disaster prevention system exists.

In this issue you will find information on the existing framework conditions in this area, how inclusive disaster risk management has been put into practice and which aspects are of particular importance.

We wish you an interesting reading.

Your editorial board

Vom Warum zum Wie: Reflexionen zur Umsetzung des Sendai Frameworks for Disaster Risk Reduction im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Martin Kunstmann/Oliver Neuschäfer

Der Artikel beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand der Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Katastrophenvorsorge im Rahmen des Sendai Frameworks for Disaster Risk Reduction (Sendai Framework). Es wird aufgezeigt, wie das Sendai Framework die Inklusion von Menschen mit Behinderung als wichtiges Querschnittsthema der Katastrophenvorsorge verankert hat. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie inklusive Katastrophenvorsorge in der Praxis umgesetzt werden kann. Der Artikel analysiert, welche Fortschritte hierbei in den letzten Jahren erzielt wurden und wo weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Vom Warum zum Wie

Im *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction* (2015–2030), dem internationalen Rahmenwerk zur Katastrophenvorsorge, das im Juni 2015 von der UN Generalversammlung verabschiedet wurde, zieht sich das Thema Inklusion wie ein roter Faden durch die verschiedenen Passagen (Robinson 2017: 20): Zunächst erkennt das Sendai Framework explizit das erhöhte Risiko an, dem Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall ausgesetzt sind (Paragraph 19d). Daraus ableitend wird bereits in der Präambel des Sendai Frameworks darauf hingewiesen, dass Katastrophenvorsorge nur dann wirksam sein kann, wenn sie auch inklusiv und für alle Menschen zugänglich ist. Dies bedeutet in diesem Zusammenhang natürlich auch, dass Menschen mit Behinderungen aktiv in alle relevanten Prozesse einzubinden sind (Paragraph 7 und Paragraph 36iii) und sie nicht bloß passive Adressaten sind. Was die konkrete Umsetzung betrifft, verweist das Sendai Framework neben der aktiven Einbindung von Menschen mit Behinderungen

in allen relevanten Prozesse zum einen auf das *universelle Design* als wichtige Leitidee für den barrierefreien (Wiedererauf)bau (Paragraph 30c), zum anderen wird auch die hohe Relevanz der Disaggregation von Daten nach Alter, Geschlecht und auch nach Behinderung (Paragraph 19d) betont. Die starke Verankerung von Inklusions-Aspekten im Sendai Framework ist dabei keine Selbstverständlichkeit, wie ein kurzer Blick auf das Vorgängerdocument zeigt: Das *Hyogo Framework for Action* (2005–2015) erwähnte Menschen mit Behinderungen lediglich ein einziges Mal und zwar in Bezug auf soziale Sicherungssysteme (Robinson 2017: 18). Weder wurden erhöhte Risiken von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall erwähnt, noch wurde anerkannt, dass Menschen mit Behinderungen einen aktiven Beitrag zur Katastrophenvorsorge leisten können.

Dieser Beitrag geht daher der Frage nach, welche Faktoren zwischen 2005 und 2015 dazu beigetragen haben, dass dem Aspekt der Inklusion in der Katastrophenvorsorge im Sendai Framework

eine größere Bedeutung beigemessen wird und welche Fortschritte bei der Umsetzung des Sendai Frameworks bis heute erreicht wurden. Bei der Frage nach den Faktoren spielen zwei Entwicklungen eine wesentliche Rolle: Zunächst die Verabschiedung (2006) und sukzessive Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch inzwischen mehr als 160 Staaten weltweit. Artikel 11 der Konvention bezieht sich ausdrücklich auf den Schutz von Menschen mit Behinderungen in humanitären Notlagen wie etwa bei Konflikten oder Naturkatastrophen; Artikel 32 der Konvention fordert inklusive Strategien der Entwicklungszusammenarbeit. Mit der völkerrechtlichen Grundlage der Behindertenrechtskonvention und der Spezifizierung in Artikel 11 und 32 ist es politisch nicht mehr vertretbar, Menschen mit Behinderungen in der Katastrophenvorsorge noch länger zu ignorieren.

Zugleich ist die erfolgreiche Verankerung von Inklusion im Sendai Framework auch ein Ausdruck eines erstarkten Selbstbewusstseins sowie einer verstärkten Hinwendung zur Katastrophenvorsorge von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen, die sich vor und während der Sendai-Konferenz sowohl in ihren jeweiligen Ländern als auch international sehr aktiv in die Diskussion eingebracht haben. Zuvor war das Thema Katastrophenschutz auch von den Selbstvertretungsorganisationen lange Zeit nicht sehr prominent verfolgt worden, weil Themen wie der Zugang zum Arbeitsmarkt eine existentiellere Bedeutung im Alltagsleben von Menschen mit Behinderungen spielen (Robinson 2017: 21). Die Relevanz einer inklusiven Katastrophenvorsorge wurde nicht zufällig zunächst vor allem von Selbstvertretungsorganisationen aus dem asiatischen Raum aufgegriffen, da diese Länder in den letzten Jahrzehnten weitaus deutlicher von Naturkatastrophen betroffen waren und es weiterhin sind.

Die Verankerung von Inklusions-Strategien im Sendai Framework kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern steht in enger Verbindung mit weiteren internationalen Prozessen und Rahmenabkommen: Zunächst sind die Agenda 2030 und die nachhaltigen Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals (SDGs)*) der Vereinten Nationen zu nennen, die die globale Entwicklungsagenda für die kommenden Jahre bestimmen werden, des Weiteren der humanitäre Weltgipfel (*World Humanitarian Summit*), der 2016 stattfand. Zwischen den nachhaltigen Entwicklungszielen und dem Sendai Framework besteht eine sehr enge Verbindung. Die Umsetzung der einen trägt jeweils auch zur Zielerreichung der anderen Ziele bei.

Diese enge Verzahnung wurde durchaus bewusst konzipiert: So trägt beispielsweise die Stärkung sozialer Sicherungssysteme (Paragraph 30j im Sendai Framework) dazu bei, extreme Armut zu reduzieren (SDG 1). Umgekehrt trägt zugleich auch die Erreichung einzelner SDGs und deren Unterziele dazu bei, die Resilienz von Menschen, insbesondere solche, die in Entwicklungsländern leben, zu stärken und sie somit weniger anfällig gegenüber Risiken zu machen. Beispielhaft sei hier das Unterziel 13.1 der SDGs erwähnt, das in den Bereich Klimaschutz fällt und anstrebt, „die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern [zu] stärken“. Zugleich ist natürlich auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ein wichtiges Querschnittsthema der SDGs: Das Grundprinzip „Leave no one behind“ wird ausdrücklich in der einleitenden Deklaration erklärt und bildet den roten Faden der Agenda 2030. Es wendet sich gegen Diskriminierung, auch von Menschen mit Behinderungen, und erkennt internationale Menschenrechtsverträge wie die UN-Behindertenrechtskonvention als handlungsleitend an. Darüber hinaus werden Menschen mit Behinderungen in 8 der 17 SDGs explizit oder zumindest als Personengruppe mit einem besonderen Risiko erwähnt.

Einen weiteren nennenswerten Meilenstein bildete der Humanitäre Weltgipfel, bei dem im Mai 2016 Regierungen, UN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Istanbul zusammenkamen, um Lösungen für die chronische Überlastung des humanitären Systems zu diskutieren. Im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen wurde im Rahmen des Gipfels die *Charta on Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action* verabschiedet, die inzwischen von über 200 Akteuren unterstützt wird. Als direkte Folge der Charta wurde Ende 2016 beim Inter-Agency Standing Committee (IASC) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die derzeit mit der Ausarbeitung einer detaillierten Richtlinie zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen betraut ist. Auch wenn diese Richtlinie ihren Fokus auf die humanitäre Hilfe legen wird, sind sehr enge Bezüge zur Katastrophenvorsorge gegeben. Darüber hinaus wurden bereits 2018 die *Humanitarian Inclusion Standards* veröffentlicht und sind inzwischen als *SPHERE Companion Standard* anerkannt, wodurch sie eine breite Anwendung in der Planung und Umsetzung humanitärer Hilfsmaßnahmen finden.

Die Verankerung von Inklusion im Sendai Framework ist auch Ausdruck eines erstarkten Selbstbewusstseins von Menschen mit Behinderungen.

Stand der Umsetzung und aktuelle Herausforderungen

Um die Umsetzung des Sendai Frameworks voranzutreiben, hat eine Expertengruppe 38 Indikatoren definiert, entlang derer die Erreichung der im Sendai Framework definierten Ziele gemessen wird. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, entlang dieser Indikatoren sowie der für die Katastrophenvorsorge relevanten SDGs 1, 11, 13 über ihre Fortschritte bei der Umsetzung des Sendai Frameworks zu berichten. Darüber hinaus findet alle zwei Jahre eine Folge-Konferenz statt, die *Global Platform for Disaster Risk Reduction*, auf der sich zum Fortschritt der Umsetzung ausgetauscht wird und aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen geteilt werden. Ergänzt wird die *Global Platform* durch regionale Plattformen. Auf der globalen Plattform 2017 in Cancún sowie diversen regionalen Plattformen, wie beispielsweise in der Mongolei oder in Quito 2018, zeigte sich in den letzten dreieinhalb Jahren, dass das Thema Inklusion auch weiterhin als Handlungsschwerpunkt gesehen wird und nicht hinter anderen Themen verschwindet. Für die nächste globale Plattform im Mai 2019 in Genf stellen aktuell bereits zwei der sechzehn so genannten Side Events sowie einer der fünf *High Level Dialogues* einen direkten Bezug zu Inklusion her.

In Bangladesch wurde aufbauend auf der Sendai-Konferenz zunächst Ende 2015 und dann erneut im Mai 2018 eine Konferenz unter der Schirmherrschaft der Regierung von Bangladesch durchgeführt, die sich ausschließlich auf die Inklusion in der Katastrophenvorsorge fokussiert: die *International Conference on Disability and Disaster Risk Management*. Waren 2016 TeilnehmerInnen aus 16 Ländern vertreten, so kamen auf der Folgekonferenz 2018

RegierungsvertreterInnen, UN-Organisationen, VertreterInnen der Privatwirtschaft, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt natürlich Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen aus mehr als 30 Ländern für drei Tage zusammen, um u.a. neueste wissenschaftliche Erkenntnisse, Modellprojekte, politische Entwicklungen zu diskutieren. Bereits am Ende der ersten Konferenz 2015 wurde die *Dhaka Declaration on Disability and Disaster Risk Management* verabschiedet, die auf der Konferenz 2018 bestätigt und inhaltlich erweitert wurde. Auch diese Deklaration ist, wie die Verpflichtungen im Rahmen des Sendai Frameworks, für ihre UnterzeichnerInnen nicht rechtlich bindend, aber entfaltet selbstverständlich eine moralische und politische Wirkung.

Es lässt sich daher zunächst ein sehr positives Bild festhalten, was die Verankerung von Inklusion in der Katastrophenvorsorge in den relevanten globalen und regionalen (und somit letztlich auch nationalen) politischen Prozessen betrifft. Kurz gesagt: Der politische Wille zur Inklusion in der Katastrophenvorsorge ist da. Wie bei allen politischen Prozessen stellt sich daran anknüpfend die Frage, wie es denn mit der praktischen Umsetzung aussieht und ob der politische Wille tatsächlich zu einer praktischen Umsetzung inklusiver Katastrophenvorsorge führt und somit letztlich in der Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen ankommt (Kang/Stough 2015: 147). Es geht nun nicht mehr um das Warum einer inklusiven Katastrophenvorsorge, sondern um das *Wie*: Wo liegen also die großen Herausforderungen hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Sendai Frameworks und was sind erste Erfolge, die hierbei bereits erzielt wurden? Wo bestehen weiter Herausforderungen und Handlungsbedarf?

Als wichtiges Schlagwort sollte hier Kapazitätsaufbau genannt werden: In der Praxis ist es wichtig, dass diejenigen Akteure, die mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und dem Krisenmanagement betraut sind (z.B. öffentliche Einrichtungen des Katastrophenschutzes, Hilfsorganisationen) über das notwendige Wissen zu Inklusion von Menschen mit Behinderungen verfügen. Oftmals besteht eine gewisse Scheu vor dem Thema, weil es als technisch komplex betrachtet wird und Berührungsängste und Vorurteile bestehen. Umso wichtiger ist es daher, praxisnah und unter Einbindung von Menschen mit Behinderungen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es meist kleine und einfache Maßnahmen sind, die zu einer verbesserten Inklusion beitragen. Beispielhaft sei hier die enge Einbindung von

Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Notfall- und Evakuierungsübungen der kambodschanischen und thailändischen Armee genannt (Guernsey/Scherrer 2017: 39). Die hohe Relevanz des Kapazitätsaufbaus geht einher mit einer Zunahme an Publikationen, in denen Modellprojekte und gute Praxisbeispiele einer inklusiven Katastrophenvorsorge vorgestellt werden und die somit das notwendige Wissen zugänglicher machen (Kett/Lovell/Twigg 2018: 3). Auf der anderen Seite darf natürlich auch der Kapazitätsaufbau der Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen nicht vergessen werden: Wie bereits an anderer Stelle genannt, stand die Katastrophenvorsorge lange Zeit auch bei den meisten Selbstvertretungsorganisationen aufgrund anderer Prioritäten nicht im Fokus der Aufmerksamkeit. Verschiedene Maßnahmen, insbesondere im Rahmen von Entwicklungsprojekten zivilgesellschaftlicher Akteure, haben daher in den letzten Jahren auch an dieser Stelle angesetzt. Auch wenn diese Maßnahmen bislang oft lokal sehr begrenzt sind, bilden sie die Grundlage dafür, dass sich Selbstvertretungsorganisationen in ihren jeweiligen Ländern in die lokalen und nationalen politischen und administrativen Prozesse einbringen können und ihre Expertise wahrgenommen wird. Neben der Vermittlung von technischen Kenntnissen im Bereich der Katastrophenvorsorge ist daher auch eine Stärkung der Advocacy-Kapazitäten dieser Organisationen erforderlich.

Neben fehlenden Kapazitäten sowie oftmals unzureichender Vernetzung zwischen *klassischen* Akteuren der Katastrophenvorsorge und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen, besteht eine der größten Hürden in der Verfügbarkeit verlässlicher Daten. Nur für sehr wenige Länder liegen valide Daten für die Prävalenz von Behinderungen vor. Zwar werden Daten zur Prävalenz von Behinderung meist im Rahmen eines nationalen Zensus erhoben, doch sind die entsprechenden Fragen oftmals ungenau formuliert und liefern daher ungenaue Ergebnisse. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Prävalenz in vielen Ländern offiziell weit unter fünf Prozent liegt, wenngleich die WHO im Weltbehinderungsbericht (2011) von circa 15 % ausgeht. Durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ist es zudem auch nicht möglich, die Daten verschiedener Länder miteinander zu vergleichen. Wo keine validen und vergleichbaren Daten vorliegen, wird es zugleich schwierig, Menschen mit Behinderungen angemessen in der Planung und Umsetzung nationaler Katastrophenschutzmaßnahmen zu berücksichtigen und beispielsweise Frühwarnsysteme und Evakuierungspläne entsprechend

anzupassen (Kett/Lovell/Twigg 2018: 4). Das Fehlen nach Behinderung desaggregierter Daten ist daher in den letzten Jahren zunehmend in den Vordergrund gerückt und inzwischen steht mit den *Washington Group Questions* ein gutes Werkzeug zur Erhebung von differenzierten Daten zu Behinderung zur Verfügung. Erste Schritte in die richtige Richtung sind bereits beschritten, und neben einer Vielzahl kleinerer Pilotprojekte zur Anwendung der Washington Group Questions (Leonard Cheshire/Humanity & Inclusion 2018) werden diese inzwischen auch verstärkt in nationalen Zensus wie beispielsweise in Neuseeland (2018) angewendet.

Zu guter Letzt ist natürlich auch das Thema der Finanzierung eine der größten Herausforderungen, insbesondere wenn es um Infrastrukturmaßnahmen und Frühwarnsysteme geht: Sollen beispielsweise Not- und Evakuierungsunterkünfte im Nachgang barrierefrei umgebaut werden, ist dies kostspielig und gerade in den Ländern, die am häufigsten von Naturkatastrophen betroffen sind, fehlt es für solche Maßnahmen häufig an Geld (Kang/Stough 2015: 147). Dadurch besteht das Risiko, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu Lasten anderer notwendiger Maßnahmen vernachlässigt werden oder gleich ganz dem Rotstift zum Opfer fallen. Hier bedarf es neben einer Sensibilisierung der politischen Akteure auch starker Selbstvertretungsorganisationen, die sich aktiv in die entsprechenden Prozesse einbringen und sich für eine ausreichende Budgetierung einsetzen. Dabei schließt sich zugleich der Kreis zum bereits genannten Kapazitätsaufbau, denn nur wenn die Selbstvertretungsorganisationen das notwendige Selbstvertrauen und Fachwissen haben, werden sie als Akteur auf Augenhöhe in solchen Prozessen wahrgenommen und können wirksam Einfluss nehmen.

Fazit und Ausblick

Es bleibt abschließend festzuhalten, dass mit dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction ein wichtiger Meilenstein in Richtung einer inklusiven Katastrophenvorsorge erreicht wurde. Auch wenn das Sendai Framework keinerlei rechtliche Bindung entfaltet, zeigt sich dennoch, dass sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure gewillt sind, aktiv zu dessen Umsetzung beizutragen. Darüber hinaus lässt sich ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung von Inklusion als zentralem Querschnittsthema in der Katastrophenvorsorge beobachten. Da der politische Wille gegeben ist, können sich die Akteure nun verstärkt auf die praktische Umsetzung einer inklusiven Katastrophenvorsorge fokussieren. Zugleich darf jedoch nicht vergessen werden, dass wirksame Inklusion am Ende

auch immer mit Kosten verbunden ist: Es bedarf somit auch weiterhin einer starken Lobbyarbeit, insbesondere durch Selbstvertretungsorganisationen, um sicherzustellen, dass notwendige Mittel am Ende auch wirklich bereitgestellt und verwendet werden.

Je stärker über das *Wie* der richtigen Umsetzung gesprochen wird, umso wichtiger wird es auch, dass sich die relevanten Akteure besser vernetzen und austauschen. Erste Schritte hierzu waren beispielsweise die Gründung des *Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network* (DiDRRN) sowie die zweimalige Durchführung der *International Conference on Disability and Disaster Risk Management*. Es bleibt daher zu hoffen, dass das gegenwärtige Momentum hinsichtlich der praktischen Umsetzung inklusiver Katastrophenvorsorge in den kommenden Jahren weiter an Dynamik gewinnen wird und es nicht bei isolierten Modellmaßnahmen bleibt (Guernsey/Scherrer 2017: 33).

LITERATUR

- GUERNSEY, K./SCHERRER, V. (2017): Disability inclusion in disaster risk management. promising practices and opportunities for enhanced engagement. Washington DC.
- KANG, D./STOUGHT, L. (2015): The Sendai Framework for Disaster Risk Reduction and Persons with Disabilities. International Journal of Disaster Risk Science 6.
- KETT, M./LOVELL, E./TWIGG, J. (2018): Disability inclusion and disaster risk reduction Overcoming barriers to progress. London.
- ROBINSON, A. (2017): Disability inclusion and disaster risk: Principles and guidance for implementing the Sendai Framework. Oslo
- LEONARD CHESHIRE/HUMANITY & INCLUSION (2018): Disability Data Collection. A summary review of the use of Washington Group Questions by development and humanitarian actors.

SUMMARY

This paper deals with the current state of the implementation of inclusion of persons with disabilities in disaster risk reduction in line with the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (Sendai Framework). It is shown how the Sendai Framework enshrines the inclusion of persons with disabilities as cross-cutting issue of disaster risk reduction. A central question is how inclusive disaster risk reduction can be put into practice. The paper analyses the progress of the last years and needs for action.

RÉSUMÉ

Cet article traite la situation récente de la réalisation de l'inclusion des personnes ayant des restrictions mentales ou physiques dans la prévention des catastrophes dans le cadre du «Sendai Framework for Disaster Risk Reduction» (Sendai Framework). On démontre comment le Sendai Framework ancre le sujet de l'inclusion des personnes ayant des restrictions mentales ou physiques profondément dans la prévention des catastrophes. On met en centre de l'attention

la question comment on peut pratiquer la prévention des catastrophes inclusive. Cet article analyse le progrès qui a été fait dans les dernières années et où il existe encore le besoin d'agir.

RESUMEN

El artículo trata del estado actual de aplicación de la inclusión de las personas con discapacidad en la preparación ante desastres en el marco del Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (Sendai Framework/Marco Sendai). Se mostrará cómo el Marco Sendai ha anclado la inclusión de las personas con discapacidad como una importante cuestión transversal a la reducción del riesgo de desastres. La atención se centra en la cuestión de cómo puede aplicarse en la práctica una gestión inclusiva. En el artículo se analiza los progresos realizados en este ámbito en los últimos años, en lo que es necesario adoptar nuevas medidas.

AUTOREN

Martin Kunstmann ist Referent für Asien beim

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

Oliver Neuschäfer ist Koordinator für humanitäre Hilfe und Katastrophenversorgung bei der *Christoffel-Blindemission Deutschland e.V.*

Kontakt: m.kunstmann@asb.de; oliver.neuschaefer@cbm.de.

Inklusive Katastrophenvorsorge und Risikominderung in der Praxis: das Fallbeispiel Haiti

Eileen Schuldt

Der folgende Artikel bezieht sich auf Aktivitäten zur inklusiven Katastrophenvorsorge in Haiti, durchgeführt von Handicap International (HI) und lokalen Partnern. Seit dem Erdbeben von 2010 setzt sich HI für die Verbesserung der Katastrophenvorsorge auf nationaler und kommunaler Ebene ein, unter besonderem Einbezug von Menschen mit Behinderungen. Seit 2013 unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung diese Maßnahmen finanziell.

Einführung

Haiti ist hochgradig anfällig für natürliche Risiken wie Hurrikans, Dürren und Erdbeben. Durch Umweltzerstörungen, unkontrollierte Waldnutzung und Klimawandel werden die Auswirkungen dieser Katastrophen noch verstärkt. Das Aufeinanderfolgen der klimatischen Schocks führt zu stetig wiederkehrender Ernährungsunsicherheit von landesweit 32,4 % der Bevölkerung (CNSA 2018).

Bedarfsanalysen vor Ort haben ergeben, dass das Nationale Risiko- und Katastrophenmanagementsystem oft nicht bis zur lokalen Ebene angewandt wird. Zudem werden die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen und anderen vulnerablen Gruppen nur selten bis gar nicht in die Vorsorge- und Reaktionspläne einbezogen.

Und dabei sind es vor allem vulnerable Gruppen und deren Angehörige (bezogen auf Gender, Behinderung, Alter, Armut, Isolation etc.), die im Falle einer Katastrophe den größten Risiken für ihr Leben und ihre Lebensgrundlagen ausgesetzt sind.

Denn Erfahrungen in Haiti zeigen, dass beispielsweise Menschen mit Behinderungen beim Ausbau ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten häufig Hindernissen wie Mobilitätseinschränkungen und

mangelndem Zugang zur Gesundheitsversorgung gegenüberstehen und somit einer Arbeit nachgehen, die oft wenig rentabel und unsicher zugleich ist. Mit einem geringen Einkommen wohnen und arbeiten betroffene Personen zudem oft in risikoanfälligen Gebieten. Ein zugleich niedrigeres Bildungsniveau und fehlende Anbindung an soziale Netzwerke schwächen zudem die Möglichkeiten, im und nach einem Katastrophenfall angemessen zu reagieren.

Vorgehen

Folgt man dem Modell der *Disaster Risk Equation* dann nimmt die Wahrscheinlichkeit schädlicher Folgen oder erwarteter Verluste (also des Risikos) zu, wenn häufige und/oder schwere Katastrophen auf vulnerable Gebiete oder Bevölkerungsgruppen treffen, deren Bewältigungskapazitäten nur begrenzt sind (Lafrenière/Walbaum 2017).

Ziel von Inklusiver Katastrophenvorsorge ist es daher, die Verwundbarkeit der am stärksten ausgegrenzten Personen zu verringern und gleichzeitig ihre eigenen Kapazitäten zur Risikoreduzierung und zur Bewältigung aufgetretener Katastrophen zu erhöhen. Inklusive Katastrophenvorsorge ist zudem auch die Anerkennung des Rechts dieser

Gruppen, von den Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu profitieren und sich gleichberechtigt daran zu beteiligen.

Um das Ziel einer Inklusiven Katastrophenvorsorge zu erreichen, nutzt Handicap International den Twin-Track Approach. Dabei gilt es zum einen, das System der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenmanagements als Ganzes inklusiver zu gestalten. Zum anderen steht aber auch die Widerstandsfähigkeit der vulnerablen Gruppen bzw. der at-risk Gruppen im Fokus.

Die HI-Interventionen basieren auf dem Menschenrechtsansatz der UN-Behindertenrechtskonvention, der *Dhaka Declaration on Disability and Disaster Risk Management*, dem Sendai Framework sowie den Verpflichtungen des World Humanitarian Summits von 2016 „to leave no one behind, including most at risk groups and people with disabilities“. Demnach sind universelles Design, Zugänglichkeit, freie und verständliche Informationen sowie Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen Schlüsselkomponenten einer effektiven Katastrophenvorsorge.



Übungen für den Evakuierungsfall

© Handicap International

Inklusive Katastrophenvorsorge in Haiti

Im Folgenden werden Erfahrungen in Haiti beschrieben, wie Katastrophenvorsorge inklusiver gestaltet werden kann. Dabei wird neben dem Twin-Track Approach auch ein partizipativer, gemeindebasierter Ansatz genutzt. So findet die Umsetzung der Maßnahmen nicht nur auf nationaler und regionaler Ebene statt, sondern in Dörfern und kleinen Ortschaften. Denn im Falle einer Katastrophe sind es vor allem die lokalen Gemeinschaften, die erste Notfallressourcen zur Verfügung stellen müssen, bevor weitere Hilfe eintrifft.

Erfahrungen mit der Datenerhebung

Alle hier dargestellten Maßnahmen basieren auf einer grundlegenden Analyse und Datenerhebung zu Risiken, Vulnerabilitäten der Gemeinden (Häufigkeit

auftrtender Naturereignisse, natürliches Profil, lokale wirtschaftliche Resilienz etc.), Vulnerabilitäten einzelner Haushalte (wirtschaftliche Grundlagen, Bildungsniveau, Angehörige mit besonderem Unterstützungsbedarf, etc.) sowie der vorhandenen strukturellen und nicht-strukturellen Bewältigungskapazitäten.

Dabei gestaltet sich vor allem die Identifizierung vulnerabler Haushalte schwierig. Die vom haitianischen Ministerium des Inneren und der Gebietskörperschaften (MICT) bereitgestellten Übersichten zu vulnerablen Personengruppen können oft nur bedingt genutzt werden, da sowohl die angewandten Kriterien für die Erfassung von Schutzbedürftigkeit als auch für die geografische Verteilung schutzbedürftiger Gruppen nicht eindeutig erklärt und daher kaum nachvollziehbar sind. Zugleich werden Behinderungen in der haitianischen Gesellschaft tabuisiert. Die dadurch kaum vorhandene Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen erschwert die Datenerhebung zusätzlich.

Nach Konsultationen mit lokalen Akteuren (Bürgermeistern, Behörden, zivilgesellschaftliche Organisationen) sowie mehr als 2.500 Haushaltsumfragen zu Vulnerabilitäten, Risiken, Kenntnissen und Praxis der Katastrophenvorsorge konnten in den Interventionsregionen von HI letztlich sowohl die am meisten vulnerablen Ortschaften als auch die besonders zu unterstützenden Haushalte identifiziert werden.

Partizipative Maßnahmen zur Katastrophenvorbereitung

Inklusive Ansätze und das Mainstreaming der Inklusion von Menschen mit Behinderungen sind im überarbeiteten Nationalen Risiko- und Katastrophenmanagementplan von 2016 institutionalisiert. So ist die allgemeine, offene und nicht diskriminierende Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und anderen vulnerablen Gruppen in allen Phasen des Katastrophenmanagements festgeschrieben. Auch wurde ein barrierefreies Informations- und Frühwarnsystem eingeführt sowie die Mechanismen für die Informationserfassung zu Schutzbedürftigkeit und Risiken verbessert. Nun unterstützt Handicap International die lokalen Katastrophenbehörden, diese neuen Ansätze auch in ihre Vorsorge- und Notfallpläne zu überführen.

Dazu gehört beispielsweise ein umfassendes kommunales Mapping der Risiken und Risikogebiete, der Bevölkerungsstruktur und von Menschen und Familien, die im Katastrophenfall besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Auch eine bessere Identifizierung und Ausstattung sicherer Notfallunterkünfte für mögliche Evakuierungen wurde durchgeführt. In Kooperation mit HI

*Durch eine ausgewogene
Stärkung der Katastrophen-
bewältigungskapazitäten
auf kommunaler und indi-
vidueller Ebene können die
negativen Auswirkungen
von Naturkatastrophen auf
vulnerable Gruppen nach-
weislich reduziert werden.*

werden die Notunterkünfte in den Hochrisikogebieten saniert und barrierefrei ausgebaut. Die lokalen Komitees zur Evakuierung und Verwaltung der Notunterkünfte werden zudem mit Blick auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen und anderen vulnerablen Gruppen sensibilisiert. Die freiwilligen Helfenden werden darüber hinaus zu spezifischen Kommunikationsbarrieren und dem sicheren Transport von Menschen mit Verletzungen und Behinderungen geschult, um weitere Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Wie bereits erwähnt, beinhaltet Inklusive Katastrophenvorsorge die aktive Teilnahme vulnerabler Gruppen und Personen an den Maßnahmen zur Katastrophenvorbereitung. Häufig wird dies über die Einbindung von Selbstvertretungsorganisationen in die kommunalen Katastrophenmanagementsysteme gewährleistet.

So wirbt HI bei der Entwicklung von Reaktionsplänen und bei der Gründung von lokalen Katastrophenschutzkomitees immer wieder erfolgreich für die Beteiligung von Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen. Bis dato konnten 14 Selbstvertretungsorganisationen langfristig in die dezentralen Strukturen der Katastrophenschutzbehörden eingebunden werden. Durch diese Einbindung



Übungen für den Evakuierungsfall
© Handicap International

legen heute viele regionale Reaktionspläne einen besonderen Fokus auf die Unterstützung vulnerable Bevölkerungsgruppen in den Bereichen Gesundheit, Ernährungssicherheit und sozialem Schutz.

Beteiligung gelingt jedoch nur über eine kontinuierliche Bewusstseinsbildung aller wichtigen Stakeholder. Parallel dazu müssen zumeist auch die Interessensverbände kontinuierlich gestärkt werden, um deren effektive Teilnahme sicherzustellen. So erhalten sie neben Schulungen zur inklusiven Katastrophenvorsorge auch Schulungen zu Rechten und Möglichkeiten zur Überwindung von Barrieren. Gleichzeitig unterstützt HI die Selbstvertretungsorganisationen bei eigenen Maßnahmen zur Bewusstseinssteigerung. In Haiti wurden so beispielsweise bereits kulturelle Abende und Kunstaktionen zu den Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall sowie Demonstrationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen durchgeführt.

Auf Ebene der vulnerablen Haushalte wird sichergestellt, dass diese über individuelle Risikoanalysen und Familiennotfallpläne verfügen. Die Entwicklung solcher Pläne wird von den lokalen Katastrophenbehörden begleitet. Der Familiennotfallplan wird mit allen Mitgliedern eines Haushaltes ausgearbeitet und ermöglicht es der Familie, im Falle von bevorstehenden Bedrohungen rechtzeitig und angemessen zu reagieren. Der Familiennotfallplan besteht aus 5 Elementen:

1. Analyse der Risiken (Standort des Hauses, Verwundbarkeit der Lebensgrundlage, usw.)
2. Kenntnis der besonderen Bedarfe innerhalb der Familie
3. Kenntnis des lokalen Warnsystems, der Notunterkünfte, der Katastrophenschutzverantwortlichen
4. Kenntnis der sicheren Orte und Straßen im Fall einer Evakuierung
5. Bereithaltung eines Familiennotfallkits, das für einen Zeitraum von mindestens drei Monaten angepasst ist.

Inklusive Frühwarnsysteme

Auch die Frühwarnsysteme gilt es inklusiver auszurichten. Häufig werden Warnmeldungen in Haiti nur über das Radio ausgegeben. Daher ist es notwendig, zusammen mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen angepasste Methoden der Frühwarnung sowie eine kommunale Weitergabekette von Warnmeldungen zu entwickeln. So wurden in einer Gemeinde beispielweise

ehrenamtliche Gemeindegruppen gebildet, die vorher identifizierte Haushalte persönlich über bevorstehende Ereignisse informiert haben. Neben Radiomitteilungen der Behörden wurde ein behördliches Informationssystem über SMS installiert und mehrere Fahnenmasten zentral errichtet, um über Flaggensignale den Schweregrad des bevorstehenden Ereignisses anzukündigen. Eine Umfrage nach dem Tropensturm Erika 2015 hat ergeben, dass über diese Maßnahmen 99 % der Familien über den bevorstehenden Sturm informiert waren. Dabei zeigte sich die Mobilisierung durch die Gemeindegruppen, das Radio sowie die Fahnen signale als am effektivsten (Handicap International 2015).

Wirkungen

Evaluierungen nach dem Tropensturm Erika 2015 und dem Hurrikan Matthew 2016 haben gezeigt, dass alle im Vorfeld identifizierten Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf oder isoliert lebende Personen die notwendigen Warnmeldungen erhalten haben. Auch konnten die entsprechenden Familien im vorgesehenen Zeitrahmen mit Hilfe freiwilliger Helfer evakuiert werden. Es stellte sich heraus, dass die sanierten Notfallunterkünfte angemessen ausgestattet und auf besondere Schutzbedarfe vorbereitet waren.

Trotz materieller Schäden (beschädigte Häuser, Verlust von Erntegut und Vieh) gab es in keiner der Projektlokalitäten Tote oder Verletzte im Gegensatz zu anliegenden Lokalitäten (MICT 2016).

Auch hat sich gezeigt, dass die Familien in der Projektregion angemessene Schutzmaßnahmen durchführten (bspw. Abschneiden von Ästen, Absicherung der Häuser, Schutz von wichtigen Unterlagen). Die im Vorfeld als vulnerabel identifizierten Haushalte erhielten dabei Unterstützung durch die Gemeindeeingreifgruppen (Handicap International 2015).

Gleichzeitig stellte sich jedoch heraus, dass die wirtschaftliche Grundlage vor allem von vulnerablen Gruppen zumeist nachhaltig geschädigt war. Da weder Vorsorge zur Sicherung der Produktionsmittel getroffen wurde, noch die Existenzgrundlagen ausreichend widerstandsfähig waren. Nach diesen Erfahrungen wurde ein verstärkter Fokus auf die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz und der Bewältigungskapazitäten von Gemeinschaften sowie einzelnen Haushalten gesetzt.

Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz

Im Falle Haitis bilden vornehmlich Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Handel die wirtschaftlichen Grundlagen. Um diese zu stärken und

widerstandsfähiger zu machen, werden Maßnahmen sowohl mit Kleinerzeugerverbänden als auch mit vorher identifizierten vulnerablen Haushalten entwickelt. Zum einen werden die Produzenten über Risiken und nachteilige Verhaltensweisen aufgeklärt (unkontrollierte Holzwirtschaft, unkontrollierte Viehhaltung, Überfischung) und zu verbesserten Produktionstechniken geschult. Zum anderen werden aber auch Aktivitäten zur Diversifizierung der Einkommensquellen unterstützt. Auch steht die bessere Sicherung der Lebensgrundlage (Gerätschaften, Fischerboote, Vieh, Saatgut, etc.) im Fokus dieser Aktivitäten. Auf Ebene der Gemeinden werden Fonds eingerichtet, mit Hilfe derer die Bevölkerung Anpassungen zur Risikominde rung finanzieren kann.

Im Vorfeld identifizierte Haushalte von beispielsweise Menschen mit Behinderungen erhalten darüber hinaus eine sogenannte „personalisierte Unterstützung“. Ziel ist es, die Rentabilität ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten durch kleinere Anpassungen zu erhöhen. Über die Ausgabe von Mobilitätshilfen und anderen Hilfsmitteln wird zudem die Autonomie der Betroffenen verbessert. Auch sollen die familiären Einkommensquellen diversifiziert und die soziale Isolation reduziert werden. So wurden einigen Familien Finanzmittel zur Verfügung gestellt, mit denen sie Ziegen erwarben und ihre bis dato einzige Einkommensquelle des Gemüseanbaus erweiterten. Andere Haushalte haben sich auf neue widerstandsfähigere landwirtschaftliche Produkte spezialisiert. Anschließend werden die Familien dabei begleitet, sich einem Erzeugerverband anzuschließen, dadurch aus der Isolation zu treten und Zugang zu weiteren Unterstützungsleistungen und Mikrofinanzierungen zu erhalten.

Maßnahmen zur Risikominde rung

Die meisten Gemeinden verfügen über Pläne zur Risikominde rung, in denen strukturelle und nicht-strukturelle Maßnahmen zur Begrenzung der nachteiligen Auswirkungen von natürlichen und anthropogenen Risiken enthalten sind.

Zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge werden diese Pläne von HI zusammen mit verschiedenen Interessensvertretungen auf ihre Relevanz überprüft. Zu den anschließenden Minderungsmaßnahmen, die HI in Kooperation mit den lokalen Akteuren durchführt, gehören: die Verbesserung von Straßenanbindungen zu Notfalleinrichtungen, der Bau von Wasserrückhaltebecken für die Viehhaltung oder auch der Ausbau von Erosionsrinnen und Wehren. Ähnliche Maßnahmen um die Auswirkungen von beispielsweise Starkregen zu verringern, werden auch mit den vorher

identifizierten Haushalten durchgeführt. Dies beinhaltet beispielsweise die Befestigung von abschüssig gelegenen Gärten oder den Bau von hauseigenen Trinkwassertanks in entlegenen Gebieten. Bei den einzelnen Vorhaben wird darauf geachtet, dass diese einfach, kostengünstig und vor Ort durch die Haushalte oder die Gemeinden instand gehalten werden können.

Zusammenfassung

Inklusive Katastrophenvorsorge kann dann gelingen, wenn gleichzeitig auf struktureller und individueller Ebene gearbeitet wird. Auch sollte ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, der nicht nur die Vorbereitung auf den Katastrophenfall beinhaltet, sondern auch die Stärkung von kommunalen und individuellen Bewältigungskapazitäten sowie die Minderung von Vulnerabilitäten. Für eine langfristige Einbindung inklusiver Ansätze bedarf es einer kontinuierlichen Bewusstseinsbildung, die langfristig nur über starke Selbstvertretungen sichergestellt werden kann. Diese gilt es von vornherein aktiv in die Maßnahmen einzubinden und zu stärken.

LITERATUR

- CNSA - COORDINATION NATIONALE DE LA SÉCURITÉ ALIMENTAIRE
(2018): Bulletin IPC Décembre 2018, Available at: <http://www.cnsahaiti.org/autres-publications/>. Visited on 08.02.2019.
- EUROPEAN COMMISSION (2017): Factsheet Disaster Risk Reduction.
Available at: https://ec.europa.eu/echo/what/humanitarian-aid/risk-reduction_en. Visited on 08.02.2018.
- GUTNIK, A./ROTH, M. (2018): Disability and Climate Change. How climate-related hazards increase vulnerabilities among the most at risk populations and the necessary convergence of inclusive disaster risk reduction and climate change adaption, Humanity & Inclusion, Lyon.
- HANDICAP INTERNATIONAL (2015): Rapport d'évaluation de la capacité de réaction des groupes ressources et communautés suite au passage de la tempête tropicale Erica en aout 2015, Port-au-Prince.
- HANDICAP INTERNATIONAL (2016): Rapport d'évaluation de la capacité de coordination et de réaction des EIC du Sud-Est mise en place par Handicap International suite au passage de l'ouragan Matthew en Octobre 2016, Port-au-Prince.
- LAFRENIERE, A./WALBAUM, V. (2017): Inclusive Disaster Risk reduction, Handicap International, Lyon.
- MICT – MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR ET DES COLLECTIVITÉS TERRITORIALES (2016): Système nationale de gestion des risques et des désastres. Centre d'opérations d'urgence départemental du sud-est. Ouragan Matthew, Port-au-Prince.
- UNISDR (2014): Living with Disability and Disasters. UNISDR 2013 Survey on Living with Disabilities and Disasters – Key Findings, Genf.

- VARGA, L. (2016) : Rapport d'évaluation externe finale du projet, Port-au-Prince.
- WALBAUM, V. (2014): Inclusive Disaster Risk Reduction Post 2015. Handicap International Expertise, Handicap International, Lyon.

SUMMARY

This paper refers to activities in inclusive disaster preparedness in Haiti, conducted by Handicap International (HI) and local partners. Since the 2010 Earthquake, HI advocates the improvement of disaster preparedness on national and local level, with special focus on inclusion of persons with disabilities. Since 2013 the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development supports these activities financially.

RÉSUMÉ

La prévention des catastrophes inclusive ne peut que réussir, si on travaille simultanément sur le niveau structural et individuel. De plus on devrait poursuivre un approche global, qui ne traite pas seulement la préparation des cas de catastrophes, mais aussi l'enforcement des capacités de dépassement individuelles et communales et aussi la minoration des vulnérabilités. Pour l'intégration des approches inclusifs à long terme, on a besoin d'une éducation consciente continue, qui ne peut que être assuré par des auto-représentations fortes. Ceux-ci doivent être auparavant activement incluses et fortifiées dans les actions.

RESUMEN

La prevención inclusiva de desastres sólo puede tener éxito si el trabajo se lleva a cabo simultáneamente a nivel estructural e individual. También debería adoptarse un enfoque holístico, que no sólo incluya la preparación para los desastres, sino también el fortalecimiento de las capacidades locales e individuales de respuesta y la reducción de las vulnerabilidades. La inclusión a largo plazo de enfoques inclusivos requiere una concienciación continua, que sólo puede garantizarse a largo plazo mediante una fuerte autorrepresentación. Esto debe integrarse y reforzarse activamente en las medidas desde el principio.

AUTORIN

Eileen Schuld ist derzeit Programmreferentin bei Handicap International und verantwortlich für die von deutschen Gebern finanzierten Projekte. Seit vielen Jahren arbeitet sie zudem im Kontext der partizipativen Regionalentwicklung und guten Regierungsführung sowohl in Deutschland als auch in Ländern des Globalen Südens.
Kontakt: Eileen Schuld, Handicap International, e.schuldt@hi.org.

Leben retten und dabei niemanden zurücklassen. Inklusive Katastrophenvorsorge auf Gemeindeebene in Bangladesch

Oliver Neuschäfer/Manuel Rothe

Der Artikel erläutert am Beispiel eines Pilotprojekts in Bangladesch, wie inklusive Katastrophenvorsorge erfolgreich gelingen kann. Es wird aufgezeigt, dass Katastrophenvorsorge nur dann wirklich inklusiv sein kann, wenn Menschen mit Behinderungen zuvor in die Lage versetzt wurden, sich selbstständig für ihre Rechte und Belange einzusetzen. Zugleich führen Inklusionsmaßnahmen nicht nur dazu, dass Katastrophenvorsorge zugänglicher für Menschen mit Behinderungen wird, sondern sie erhöhen grundsätzlich die Effektivität der Katastrophenvorsorge und kommen letztlich somit allen Menschen in einer Gemeinde zu Gute.

Einleitung

In den letzten Jahren konnte verstärkt, auch wissenschaftlich und anhand valider Daten, nachgewiesen werden, dass Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall einem höheren Risiko ausgesetzt sind als Menschen ohne Behinderungen. Besonders eindrücklich zeigte sich dies am Beispiel des Erdbebens und des darauffolgenden Tsunamis in Japan im März 2011: Da in Japan sehr verlässliche Daten zu Prävalenz von Behinderungen vorliegen, konnte im Nachgang der Katastrophe ermittelt werden, dass die Mortalitätsrate von Menschen mit Behinderungen (entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung) mehr als doppelt so hoch war wie die Mortalitätsrate von Menschen ohne Behinderungen (Fujii 2012). Die höhere Mortalität lässt sich dabei durch verschiedene, miteinander zusammenhängende Ursachen erklären: Zunächst fehlt es meist an barrierefreien Frühwarnsystemen, sodass beispielsweise Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung nichts davon mitbekommen, wenn

durch Sirenen vor einer drohenden Gefahr gewarnt wird. Gleichzeitig können sich Menschen mit Behinderungen in vielen Fällen nicht selbstständig evakuieren und werden im schlimmsten Fall sprichwörtlich zurückgelassen. Begünstigt wird dies auch dadurch, dass Katastrophenschutz-Behörden in den seltensten Fällen wissen, welche Menschen bei einer Evakuierung auf ihre Hilfe angewiesen sind, da sie nicht über die vorhandenen Daten und Informationen verfügen.

In 18 besonders von Überflutungen betroffenen Gemeinden im Gaibandha-Distrikt in Bangladesch hat die CBM daher gemeinsam mit zwei lokalen Partnerorganisationen vor circa zehn Jahren ein Pilotprojekt zur inklusiven Katastrophenvorsorge mit dem Ziel begonnen, die Katastrophenvorsorge-Kapazitäten der lokalen Bevölkerung sukzessive zu stärken und dabei gleichzeitig die besondere Vulnerabilität von Menschen mit Behinderungen und anderen Risikogruppen wie älteren Menschen gegenüber Naturkatastrophen zu adressieren. Ende 2019

wird das Projekt abgeschlossen.

Bangladesch gehört mit seinen knapp 163 Millionen Einwohnern zu den weltweit am stärksten von Naturkatastrophen gefährdeten Ländern (Bündnis Entwicklung Hilft 2018: 32). Begrenzt durch die Ausläufer des Himalaya-Gebirges im Norden und den Golf von Bengal im Süden, sind es vor allem zwei Arten von Naturkatastrophen, die Jahr für Jahr das Land heimsuchen: Einerseits Überflutungen und Erdrutsche im Rahmen der jährlichen Monsun-Zeit und andererseits Zyklone, die aus dem Golf von Bengal gen Süden des Landes ziehen. Der Norden von Bangladesch ist vor allem von jährlichen Überflutungen während der Monsunzeit im Sommer betroffen – zuletzt im Sommer 2017. So auch der Distrikt Gaibandha, der am Zusammenlauf der Flüsse Tista und Brahmaputra liegt und somit von zwei Seiten durch Hochwasser bedroht ist. Gaibandha ist eine sehr ländliche und arme Region, in der die Bevölkerung überwiegend als Kleinbauern vom Reis- und Gemüseanbau lebt. Die jährlichen Überflutungen sind für die Region Fluch und Segen zugleich: Einerseits sind sie wichtig, da sie fruchtbare Erde aus dem Norden anschwemmen, wodurch die Erträge in den kommenden Ernten verbessert werden. Sind die Überflutungen jedoch zu stark, wie in den letzten Jahren fast immer der Fall, kommt es zugleich zu massiven Schäden: die meist einfachen Häuser werden beschädigt oder komplett zerstört, Nutztiere wie Kühe, Ziegen und Hühner ertrinken, Reis und Gemüse auf den Feldern stirbt ab, weil es tage- oder wochenlang unter Wasser steht.

Die Arbeit der CBM und ihrer lokalen Partner in der Gaibandha-Region begann bereits im Jahr 2009 und wird Ende 2019 abgeschlossen sein. Die große Zeitspanne lässt erahnen, dass die wirksame Verankerung von Inklusion und insbesondere von inklusiver



More than 400 households were destroyed in the last flood in August 2017. Hundreds of families were displaced and many families are great worry of losing their household at any time.

Location: Embankment at Kapshia, Horipur. © CBM/Gonzalo Bell

Katastrophenvorsorge auf Gemeindeebene ein langjähriger Prozess ist. Die Umsetzung des Projekts erfolgte dabei unter der Grundannahme, dass zunächst die Inklusion von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich verbessert werden muss, bevor spezifische Maßnahmen zu einer inklusiven Katastrophenvorsorge begonnen werden können ((Brown/Neuschäfer/Rothe 2018: 18). Schließlich darf nicht vergessen werden, dass vor allem im ländlichen Raum von Bangladesch bis heute viele Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen bestehen und eine aktive soziale und ökonomische Teilhabe am Gemeinde-Leben für Menschen mit Behinderungen oftmals nicht möglich ist.

Starke Selbsthilfegruppen: Der Schlüssel zur Inklusion

Zu Beginn des Projekts stand der Aufbau von Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen im Fokus. Ziel einer solchen Selbsthilfegruppe ist es, ein Netzwerk zwischen Menschen mit Behinderungen aufzubauen, durch das sie sich gegenseitig unterstützen können. Zugleich kann die Gruppe gemeinsam leichter ihre Anliegen durchsetzen, als es für die einzelnen Mitglieder allein möglich wäre. Da zu Beginn des Projekts keine verlässlichen Daten zu Prävalenz von Behinderungen vorlagen, war zunächst die wichtigste Aufgabe die Identifizierung von Menschen mit Behinderungen. Was einfach klingt, ist in der Praxis sehr kompliziert, da viele Menschen mit Behinderungen von ihren Familien versteckt werden und zugleich einige Gebiete in der ländlichen Region nur sehr schwer zu erreichen sind. So ist es auch zu erklären, dass selbst lange nach dem Projektstart immer wieder Menschen mit Behinderungen identifiziert werden, die vorher nicht erfasst waren.

Jede Selbsthilfegruppe umfasst circa 15 Mitglieder, wobei die Mitglieder unterschiedliche Beeinträchtigungen haben. Kinder mit Behinderungen werden durch ihre Eltern vertreten. Beim Aufbau der Selbsthilfegruppen wurde zugleich auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet, das sich auch in den jeweiligen Führungsstrukturen der einzelnen Gruppen widerspiegelt. Ein wichtiges Kriterium bei der Aufnahme in eine Selbsthilfegruppe war außerdem die Motivation der potenziellen Mitglieder. Im ersten Jahr wurden die Selbsthilfegruppen bei ihren wöchentlichen Sitzungen durch einen Projektmitarbeiter begleitet. Im Rahmen der Gruppenentwicklung fanden in diesem Zeitraum eine Vielzahl relevanter Schulungen statt, um die Kapazitäten der Gruppen sowie der einzelnen Mitglieder aufzubauen. Dies

umfasste zunächst allgemeine Schulungen zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sowie zu den daraus entstehenden Rechten und Ansprüche. Darüber hinaus nahmen ausgewählte Gruppenmitglieder an weiterführenden Trainings teil, mit dem Ziel ihre Führungsqualitäten auszubauen. Erst im späteren Verlauf bezogen sich die Schulungen der Selbsthilfegruppen dann auch auf spezifische Aspekte der Katastrophenvorsorge.

Der Aufbau der Selbsthilfegruppen wirkte sich über die Jahre durchweg positiv für die einzelnen Mitglieder aus, weil es für viele das erste Mal überhaupt in ihrem Leben war, dass sie sich mit anderen behinderten Menschen über ihre Erfahrungen austauschen konnten. Durch den Zusammenhalt in der Gruppe konnten die Mitglieder ihr Selbstvertrauen und ihre Fähigkeiten und somit ihr Auftreten gegenüber ihren Familien und anderen Mitgliedern ihrer Gemeinden enorm steigern. Die Aufklärung über ihre Rechte und Ansprüche führte unter anderem dazu, dass die Mitglieder ihre Behinderungen offiziell beim Sozialministerium registrieren ließen, um dadurch Anspruch auf staatliche Sozialleistungen zu erhalten – beispielsweise eine monatliche monetäre Unterstützung sowie den Zugang zu zinslosen Kleinkrediten (Brown/Neuschäfer/Rothe 2018: 19). Vor Beginn des Projekts hatten nur die wenigsten von ihnen von diesen staatlichen Unterstützungsleistungen gewusst und noch weniger den Registrierungsprozess durchlaufen, weil dieser zugleich häufig durch Korruption erschwert wird. Durch das gemeinsame Auftreten als Gruppe veränderte sich zugleich die Wahrnehmung seitens der Behörden und die Registrierung konnte für die meisten Gruppenmitglieder problemlos durchgeführt werden. So fasst es auch ein Mitglied einer Selbsthilfegruppe knapp zusammen: „Die [Selbsthilfe]-Gruppe ist Macht!“ (Brown/Neuschäfer/Rothe 2018: 22)



© CDD/CBM

Im Fokus inklusiver Katastrophenvorsorge muss die Selbstermächtigung von Menschen mit Behinderungen stehen.

Die Selbsthilfegruppen in Gaibandha gehen inzwischen nicht mehr nur auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Mitglieder ein, sondern setzen sich auch verstärkt für allgemeine Belange ihrer Gemeinden ein. Hierzu zählen unter anderem das Anprangern von Korruptionsfällen sowie der Kampf gegen Kinder-Hochzeiten. Dadurch haben sich die meisten Selbsthilfegruppen inzwischen eine hohe Akzeptanz und Relevanz in ihren Gemeinden erarbeitet. Einzelne Mitglieder der Selbsthilfegruppen sind durch ihr Handeln so stark ermächtigt, dass sie heute weit über ihre Gemeinde hinaus bekannt und tätig sind und sich beispielsweise für Wahlen aufstellen lassen.

Um ihre Durchsetzungskraft zu erhöhen, wurde auf Kreis-Ebene ein Dachverband der Selbsthilfegruppen aufgebaut. Jede Selbsthilfegruppe entsendet jeweils zwei VertreterInnen in dieses Gremium. Im Gegensatz zu den Selbsthilfegruppen ist der Dachverband beim Sozialministerium registriert und kann somit offiziell von staatlichen Stellen in relevante Prozesse involviert werden. Ziel des Dachverbands ist die Sensibilisierung politischer Entscheidungsträger sowie die Durchsetzung der Rechte und Ansprüche von Menschen mit Behinderungen auf regionalem Level.

Stärkung der inklusiven Katastrophenschutz-Mechanismen auf Gemeinde- und Kreisebene

Nach der erfolgreichen Start-Phase der Selbsthilfegruppen konnte damit begonnen werden, sich auf das eigentliche Kernanliegen des Projekts zu fokussieren: die inklusive Katastrophenvorsorge. Inklusive Katastrophenvorsorge beginnt auf der Haushaltsebene, dort, wo Menschen mit Behinderungen leben und arbeiten und im Katastrophenfall die erste Hilfe bekommen. Um die Haushalte in den 18 Gemeinden zu sensibilisieren, wurden Kampagnen und öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Dies erfolgte unter anderem über den regulären Schulunterricht, in den Katastrophenvorsorge als Teil des Curriculums aufgenommen

wurde. Hierdurch wurden Schüler und Schülerinnen zu Wissens-Multiplikatoren, da sie das erlernte Wissen mit ihren Familien und Nachbarn teilen.

Neben der Katastrophenvorsorge auf Haushalts-Ebene ging es zugleich darum, die Katastrophenvorsorge-Strukturen auf Gemeinde- sowie auf Kreisebene inklusiver zu gestalten. Auf Gemeinde-Ebene wurde pro Gemeinde der Aufbau eines Katastrophenschutz-Komitees initiiert. Diese bestehen aus ca. 20 Freiwilligen aus den jeweiligen Gemeinden, die im Falle einer (drohenden) Katastrophe alle relevanten Aktivitäten von der Frühwarnung über die Evakuierung bis hin zur Organisation von Hilfsmaßnahmen übernehmen. Sie stellen die unterste Einheit im Gesamtgefüge der Katastrophenvorsorge in Bangladesch dar und sind somit vor allem bei lokal begrenzten Katastrophen von hoher Wichtigkeit. Beim Aufbau dieser Strukturen wurde darauf geachtet, dass in allen Katastrophenschutz-Komitees mindestens auch zwei Personen mit Behinderungen vertreten sind – meist solche, die auch in den Selbsthilfegruppen aktiv sind. Hierdurch wurde sichergestellt, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen Aktivitäten berücksichtigt sind und diese entsprechend inklusiv umgesetzt werden. Die Katastrophenschutz-Komitees erhielten durch das Projekt eine Vielzahl von fachlichen Schulungen unter anderem zum Aufbau von einfachen lokalen (Flut-)Frühwarnsystemen, zur Durchführung von Evakuierungsmaßnahmen und auch im Bereich Erste Hilfe. Gleichzeitig wurden sie mit dem notwendigen Equipment für die Durchführung ihrer Aufgaben ausgestattet. In einem ersten wichtigen Schritt führten die Katastrophenschutz-Komitees in ihren jeweiligen Gemeinden eine Risiko-Analyse durch, um ein Bild über kritische Infrastrukturen, besonders vulnerable Haushalte, mögliche Evakuierungs Routen und Unterkünfte und natürlich über Barrieren für Menschen mit Behinderungen zu erhalten.

Da sich bestimmte Maßnahmen für eine inklusive Katastrophenvorsorge nur durch zusätzliche finanzielle Mittel umsetzen lassen, waren die Katastrophenschutz-Komitees und der Dachverband der Selbsthilfegruppen auch auf Kreis-Ebene durch eine starke Lobbyarbeit aktiv. Weil in Bangladesch auf dieser Verwaltungsebene auch ein Teil der Steuergelder für Maßnahmen zur Inklusion sowie für Katastrophenschutzmaßnahmen verwaltet werden, drückt sich der Erfolg solcher Lobbyarbeit sehr häufig in finanziellen Zugeständnissen beziehungsweise in der Umsetzung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen zum Katastrophenschutz wie beispielsweise dem Bau (barrierefreier) Notunterkünfte aus. Zugleich wurden politische

Entscheidungsträger und Behörden auf Kreis-Ebene zu den rechtlichen Grundlagen im Bereich Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie im Bereich Katastrophenvorsorge geschult. Es zeigte sich hierbei, dass es oftmals nicht fehlender Wille ist, der bei politischen Entscheidungsträgern als auch in den relevanten Behörden zu einer fehlerhaften oder mangelnden Umsetzung von Maßnahmen zur Inklusion oder zur Katastrophenvorsorge führt, sondern schlicht fehlendes rechtliches und technisches Wissen. Insofern stieß das Projekt auf dieser Ebene auf überraschend wenig Widerstand, wenngleich auch zukünftig viel politischer Druck durch den Dachverband der Selbsthilfegruppen und der Katastrophenschutz-Komitees notwendig sein wird, um den politischen Versprechen und Ankündigungen auch tatsächlich Taten folgen zu lassen.



Community, Student and Teacher are attend a School Drill at Bouljan Goverment primary School at Shreepur in Sundorgon.

© Fahad Kaiser/CBM

Fazit und Ausblick

Die Erfahrungen zeigen, dass die aufgebauten Strukturen in Gaibandha inzwischen selbstständig funktionieren: Die Selbsthilfegruppen und Gemeinde-basierten Katastrophenschutz-Komitees waren in den letzten drei Jahren bereits sehr aktiv in der Katastrophenvorsorge und darauf aufbauend auch bei der Durchführung von humanitären Hilfsmaßnahmen involviert. Als es im Sommer 2016 zu starken Überflutungen kam, konnten circa 6.500 Bewohner der betroffenen Gemeinden rechtzeitig gewarnt werden, sodass genügend Zeit zur Evakuierung blieb. Auf dem Höhepunkt des Hochwassers unterstützten Selbsthilfegruppen und Katastrophenschutz-Komitees die Durchführung humanitärer Bedarfsanalysen und die darauffolgende Verteilung von Lebensmitteln für 1.200 Haushalte. Menschen mit Behinderungen waren in allen humanitären Aktivitäten sehr engagiert beteiligt, von der Registrierung der Begünstigten, über das

Entladen der Hilfslieferungen bis hin zur Verteilung der Lebensmittel. Aufgrund der aktiven Involvierung von Menschen mit Behinderungen konnte zugleich ein Höchstmaß an Barrierefreiheit gewährleistet werden, was auch von anderen Risiko-Gruppen wie beispielsweise älteren Menschen und Kindern als sehr hilfreich empfunden wurde.

Auf Kreis-Ebene wurde durch die starke Lobbyarbeit auch weit mehr Geld für humanitäre Maßnahmen und für notwendige Wiederaufbaumaßnahmen zur Verfügung gestellt als bei vorherigen Überflutungen. Alle wesentlichen Maßnahmen wurden somit von den betroffenen Gemeinden und hierbei federführend von den Selbsthilfegruppen unterstützt und sind ein erfolgreiches Beispiel für einen inklusiven und partizipativen kommunalen *Empowerment*-Prozess. Es sind hierdurch gute Voraussetzungen geschaffen, damit die Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsstrukturen in den kommenden Jahren ohne weitere externe (finanzielle) Hilfe bestehen können und die Gruppen weiterhin selbstständig für ihre Belange im Katastrophenschutz sowie in der Inklusion gegenüber staatlichen Behörden auftreten können.

Es zeigt sich abschließend, dass die Umsetzung inklusiver Katastrophenvorsorge ein langjähriger und sehr umfassender Prozess ist, in dessen Fokus die Selbstermächtigung von Menschen mit Behinderungen stehen muss. Um erfolgreich zu sein, muss Inklusion breit verankert werden und kann sich nicht nur auf den Bereich der Katastrophenvorsorge konzentrieren. Andernfalls besteht das Risiko, dass zwar die Katastrophenvorsorge-Mechanismen in der Theorie inklusiv sind, in der Praxis aber nicht entsprechend umgesetzt werden, weil die zu Grunde liegenden Ausgrenzungsmechanismen weiter existieren und Menschen mit Behinderungen keine Chance haben, sich selbst zu vertreten. Nur wenn Menschen mit Behinderungen von Beginn an aktiv gestärkt und eingebunden werden und ihre Anliegen selbst vertreten können, kann Katastrophenvorsorge wirklich inklusiv werden. Es wäre somit zugleich falsch, das Pilotprojekt in Bangladesch lediglich auf seine positiven Auswirkungen im Bereich der Inklusion in der Katastrophenvorsorge zu reduzieren. Vielmehr ist deutlich geworden, dass die positiven Auswirkungen auch andere Lebensbereiche durchdringen und sich die soziale, ökonomische und rechtliche Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessert hat.

LITERATUR

BÜNDNIS ENTWICKLUNG HILFT (2018): WeltRisikoBericht 2018. Fokus
Kinderschutz und Kinderrechte, Berlin.

FUJII, K. (2012): The Great East Japan Earthquake and Disabled Persons: Their High Mortality Rate, Factors that Hindered the Support and the Current Challenges. Prepared for the United Nations Expert Group Meeting on Building Inclusive Society and Development through Promoting ICT Accessibility: Emerging Issues and Trends, Japan.

BROWN, D./ NEUSCHÄFER, O./ ROTHE, M. (2018): Saving Lives and Leaving No One Behind. The Gaibandha Model for disability inclusive disaster risk reduction, Bensheim.

SUMMARY

The article shows how inclusive disaster prevention can be implemented successfully by using the example of a pilot project in Bangladesh. It is shown that disaster prevention can only be truly inclusive if persons with disabilities were enabled to claim their rights and concerns independently. At the same time, inclusion measures do not only improve the accessibility of disaster prevention for persons with disabilities but increases the efficiency of disaster prevention in general and benefit to all persons of a community.

RÉSUMÉ

Cet article montre à l'exemple d'un projet pilote en Bangladesh comment la prévention des catastrophes peut réussir avec succès. On démontre que la prévention des catastrophes ne peut que être inclusive, si les êtres-humains ayant des restrictions mentales ou physiques ont appris auparavant de prendre la partie indépendamment pour leurs droits et leurs intérêts. En même temps, des mesures pour l'inclusion aboutissent aussi à un plus grand accès pour les personnes ayant des restrictions mentales ou physiques à la prévention des catastrophes, et augmentent aussi fondamentalement l'efficacité de la prévention des catastrophes et finalement bénéfisent toutes les personnes de la communauté.

RESUMEN

Utilizando como ejemplo un proyecto piloto en Bangladesh, el artículo explica cómo la prevención inclusiva de desastres puede tener éxito. Demuestra que la prevención de catástrofes sólo puede ser verdaderamente inclusiva si las personas con discapacidad han sido empoderadas previamente para defender sus derechos y asuntos. Al mismo tiempo, las medidas de inclusión no sólo hacen que la preparación para desastres sea más accesible para las personas con discapacidad sino que también aumentan fundamentalmente la eficacia de la preparación para desastres y en última instancia, benefician a todas las personas de una comunidad.

AUTOREN

Oliver Neuschäfer ist Koordinator für humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge bei der Christoffel-Blindenmission Deutschland.

Dr. Manuel Rothe ist Koordinator für humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge bei der Christoffel-Blindenmission Schweiz.

Kontakt: oliver.neuschaefer@cbm.de; manuel.rothe@cbmswiss.ch.

Inclusion: From a Global Commitment to Local Actions

5 Inclusion Musts: Local and Operational Principles to Ensure Inclusion in DRR Actions

Chrysant Lily Kusumowardoyo/Melina Margaretha

The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities adopted in 2006 marked a firm global commitment to the protection and fulfilment of the rights of persons with disabilities including in disaster situations. The fact that global commitments to inclusion are growing yet inclusive DRR practices at local level are still piecemeal brought up a discourse regarding coherence between global commitments and implementation capability at local level. In the implementation of its DRR programme, the ASB's Country Office for Indonesia and the Philippines, based in Indonesia, was seeking to address this issue by conducting a feasibility study. The study focused on identifying coherence between the global commitments and existing supporting policies, structures and mechanisms as well as relevant good practices at local level. The feasibility study resulted in the 5 Inclusion Musts – a practical tool to guide government and broader DRR stakeholders to expand inclusive DRR practices. Components of the 5 Inclusion Musts are 1) Disaggregated data, 2) Accessibility, 3) Meaningful participation, 4) Empowerment, and 5) Rights.

Introduction

Field workers often face limited time and resources in implementing their projects. At the same time, they also need to constantly learn about new approaches or good practices that can help them to reach impactful results for the community they are serving. This is why practical guides that can help them in planning, managing or implementing their projects are often very much needed.

In response to this demand, plenty of Manuals, Guidelines, Toolkits or Minimum Standards are being produced by many organisations working in various fields and topics. In the humanitarian sector, for instance, the Sphere Handbook is created to ensure the quality of a humanitarian response. It contains Minimum Standards or quality criterions of a rights-based humanitarian response, suggestions for practical key actions to meet the standards, indicators to measure whether the standard is being attained, and guidance notes to support the key actions (Sphere 2018).

The Sphere Handbook has companion standards that provide guidance for

specific topics in humanitarian context. These include education in emergencies (INEE 2010), child protection in humanitarian action (CPWG 2012), managing livestock in emergency (LEGS Project 2014), economic recovery (SEEP 2017), and market analysis (CaLP 2018). There are also plenty of guides focusing on gender, such as the minimum standard commitments to gender and diversity in emergency programming (IFRC 2015), and the manual on mainstreaming gender into peacebuilding activities (ZIF/GIZ 2013). These guides put strong emphasis on providing simple and practical tools that are quick and easy to implement and help busy field workers to address questions of how-to (ECB Project 2007).

It is against this backdrop that in 2016, Arbeiter-Samariter-Bund Indonesia and the Philippines (hereinafter will be referred as ASB¹) developed the 5 Inclusion Musts as a guide to mainstream disability inclusion into its Disaster Risk Reduction (DRR) programming. Around that time, Disability-inclusive Disaster Risk Reduction (DiDRR) was a relatively new approach, despite the fact that

since 2006 countries globally have committed to take all necessary measures to ensure protection and safety of persons with disabilities in the event of disaster through the adoption of UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD)². Accordingly, literature to guide the design and implementation of DRR programming for persons with disability was very limited (Robinson/Kani 2014).

On the other hand, there is a growing global recognition towards the needs to ensure that DRR efforts are disability inclusive. The Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (SFDRR) 2015-2030, the predecessor of the Hyogo Framework of Action, recognises that an *all of society* engagement is required in order to reduce disaster risks and losses. Furthermore, it calls for the perspective of persons with disabilities to be integrated in all DRR policies and practices (UNISDR 2015). To translate this global commitment into implementation, the 5 Inclusion Musts were then being developed.

This article will first present the components of the 5 Inclusion Musts, and then demonstrate how they can be used as a practical tool with multiple uses. Further, it will show how within the context of Indonesia the Inclusion Musts have strong buy in because of their conceptual linkage with national policies. Finally, this article will show how the 5 Inclusion Musts have potential to be used internationally in guiding DiDRR policy and practice.



Kasihan is one of the DPO members being trained on how to conduct rapid assessment focusing on the needs and capacities of persons with disabilities and older people. In this photo, Kasihan is conducting rapid assessment following a flashflood in Magelang, June 2017. © ASB Länderbüro für Indonesien und die Philippinen

Components of the 5 Inclusion Musts

In 2014, Indonesia's National Disaster Management Authority (BNPB) passed a national regulation on DRR and disability (BNPB 2014). This regulation focuses on the protection of rights of persons with disabilities before, during and after disaster situations. It also puts strong emphasis on fulfilment of rights of persons with disabilities, especially in terms of participation. However, despite of this ground breaking DiDRR commitment at the national level, there is still a limited policy guidance on disability and DRR for local disaster management agencies (BPBD). As a result, they are not informed and equipped to implement this new regulation at the local level (BNPB 2015).

In 2016, this situation became the subject of a major discussion during a national DRR training for Disabled Peoples' Organisations (DPOs) facilitated by ASB in Solo, Central Java. As a result, the DPO representatives from various provinces in Indonesia who attended the training decided to conduct literature review of international and national policies³ related to participation of persons with disabilities in disaster management (ASB Indonesia and the Philippines 2018). The aim of the exercise was to set specific focus areas that they can suggest to their local disaster management agencies for guiding the local DiDRR implementation. These focus areas, which were later known as the 5 Inclusion Musts⁴, include *disaggregated data, accessibility, meaningful participation, empowerment and rights of persons with disabilities*.

Disaggregated data. Disaggregated data refers to identification of community members in certain location by their sex or gender, age and disability. The availability of disaggregated data helps to: (1) identify the community members who are often underrepresented or hidden population, including persons with disabilities, women, older people and children, (2) identify community members who have specific risks and vulnerabilities in dealing with disasters, (3) conduct prioritisation of beneficiaries to access services, and (4) inform planning of project or services by ensuring that the approach is relevant to the needs and capacity of the different members of the population. In sum, disaggregated data contributes to inclusive risk-informed decision making.

As a tool to gather disaggregated disability data in DRR and humanitarian action, ASB has been a proponent of the use of the Washington Group Short Set of Questions on Disability (WGQ) as this existing tool is practical in identifying the functioning limitation of community members in their daily lives such as in seeing, hearing, walking, remembering and

communicating (Sloman/Margaretha, 2018). This tool is also consistent with the survey tool that is used by Indonesia's Statistical Bureau (BPS) to measure the number of persons with disability⁵ amongst overall population.

Accessibility. Accessibility means to ensure that persons with disabilities and older people are able to access and benefit from DRR and humanitarian action programmes and services, just like other members of the general population. It comes in different dimensions, such as physical and information accessibility. Physical accessibility means that services are within physical reach, and that buildings and public spaces can be entered and used by persons with disabilities comfortably without extra effort. This includes providing ramps, guiding blocks, handrails, wider entrances and space, as well as the use of universal design⁶ as a principle. On the other hand, information accessibility means that the written materials and broadcasted messages are imparted in a way that can be accessed by persons with disabilities. This includes the use of picture format, adaptation of the message to plain and local languages, use of subtitle and sign language, braille, etc.



The 5 Inclusion Musts promote leadership of persons with disabilities. This photo shows several humanitarian actors consulting Supriyadi as the expert in disability during the ASEAN Regional Disaster Emergency Exercise in Brunei Darussalam, November 2016.

© ASB Länderbüro für Indonesien und die Philippinen

Meaningful participation. Ensuring meaningful participation of persons with disabilities means enabling them to be involved in making decisions that affect their lives. This is done in different ways. First, by providing the opportunity to actively participate in meetings and consultations that take place in the society. But this goes further than simply inviting persons with disabilities to attend meetings or activities. Instead, it

The coherence between global commitments and local policy commitments to inclusion in DRR enables the practical implementation of inclusive DRR on scale.

is about consulting them and seeking their opinion on their priorities, preferences, needs and so on. Second, by ensuring that persons with disabilities are part of committees, forums, and other decision making bodies in the community so that they are able to voice out their opinion and be heard. Third, by identifying and removing barriers that may prevent persons with disabilities to participate in decision making. This can be done for instance by supporting deaf persons or persons with intellectual or psychosocial disabilities in communicating in the meeting, ensuring that the meeting venue is accessible, or providing carers to accompany persons with disabilities so that they can be fully and actively involved.

Empowerment. Empowerment refers to building the capacity of the persons with disabilities by building their confidence, self-esteem and increasing their knowledge, so that they can take on leadership roles that enable them to actively participate. Parallel to this, empowerment is also about building the capacity of the community and institutions so that they understand and support inclusion and not showing any stigmatising behaviour against persons with disabilities. This includes changing the perception of DRR actors and emergency responders from viewing persons with disabilities as helpless victims but instead as agents of change (Villeneuve et al. 2017).

Rights. Inclusion is about the rights-based approach to ensure persons with disabilities have equal access to services and a voice in the development and implementation of those services (IFRC 2015). This component is about promoting the rights fulfilment of persons with disabilities by: (1) making sure that persons with disabilities understand about their rights and entitlements, (2) ensuring mainstream organisation

and communities have awareness on the rights of persons with disabilities, and actively take part in removing the barriers they face in fulfilling those rights, and (3) providing safe and accessible mechanisms for persons with disabilities to provide feedback and/or complaints.

Examples of Practical Uses of the 5 Inclusion Musts

Persons with Disabilities as Emergency Response Agents

The 5 Inclusion Musts have been applied ASB's Emergency Response Team (ERT) during recent disasters in Indonesia, including Lombok earthquake, and Sulawesi earthquake/tsunami and Tsunami caused by volcanic eruption of Anak Krakatau. The ERT introduced the 5 Inclusion Musts to DPOs as ASB's partner in the emergency response and to broader humanitarian actors on the ground. The objective was to influence more inclusive response activities and to promote collaboration between *mainstream* humanitarian organisations and DPOs. Since the 5 Inclusion Musts were introduced by the ERT as a guidance based on local regulations, there was a strong buy in of the actors on the ground. For instance, the 5 Inclusion Musts were adopted by the Joint Command Post for Lombok response in their daily updates in which the recommendations for all stakeholders to improve inclusion in their humanitarian response were framed in the 5 Inclusion Musts⁷.

The 5 Inclusion Musts guided ASB's ERT in the rapid assessment to reach and collect information on the situation of persons with disabilities who are often left behind in crisis situations. The data collected was *disaggregated by sex, age, and disability*, by name and by address. The information collected during the rapid assessment provides an overview on the situations of persons with disabilities and other most at-risk groups affected by the disaster. Further, the information forwarded to the government in charge and other DRR actors for them to follow up in the response planning and implementation.

Prior to the rapid assessment, the ERT provided the DPO partners with an introductory training on rights of persons with disabilities, Sphere as minimum standards in humanitarian response, and emergency response mechanisms. During the implementation of response activities, the DPO partners received further



DPO member interviewing a community member for a rapid needs assessment following tsunami in Central Sulawesi, 2018.

© ASB Länderbüro für Indonesien und die Philippinen

Capacity building from the ERT by means of mentoring and coaching. All these steps are part of a wider approach to secure *meaningful participation* of persons with disabilities. Further, the capacitated DPO members were introduced to mainstream response cluster coordination mechanisms to disseminate results of assessment, to raise awareness and influence broader inclusive actions. Facilitating the direct representation of persons with disabilities as the disability expert who can speak out about their own *rights* in such coordination or consultation mechanisms were proven to be effective. Further, practical *accessibility* measures such as provision of Sign Language Interpreter and personal carer allowed persons with disabilities to voice their opinion and needs in relevant contexts and heard by others.

Operationalisation of Inclusion in DRR Policy, Planning and Programming

Awareness on DiDRR is growing. However, practical implementation of DiDRR is still limited due to misperception of disability and inclusion and the lack of reference on the *how to*. Disability is often perceived as a rather technical issue and at the same time inclusion is perceived as some kind of special treatment for 'marginalised' groups. This misperception resulted in reluctance of non-disability actors to ensure disability inclusion in their programmes, limiting disability inclusion practices accordingly, and leading to further exclusion of persons with disabilities.

In the Indonesian context, there are a lot of supporting policies, comprehensive planning and excellent programmes in the field of DRR. However, disability inclusion is not yet set as a key principle or general approach. Disability inclusion is still seen as a separate activity. In the recent development of a national government regulation related to DRR and disability, the 5 Inclusion Musts were adopted as they provide clear and well-linked step-by-step guidance on how to practically implement inclusion. The terminology in the Inclusion Musts is common language used in mainstream local DRR policy, planning and programming. Hence it's perceived as something which can be applied by individuals or organisations without specific disability expertise. The 5 Inclusion Musts are adopted as a key principle and at the same time as a

Table 1: Comparison of the components of 5 Inclusion Mandates, Key Inclusion Standards, Charter of Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action, and Inclusion Charter.

No	ASB's 5 Inclusion Musts	Key Inclusion Standards	Charter of Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action	Inclusion Charter
1	Disaggregated data	Identification	Non-discrimination	Participation
2	Accessibility	Safe and equitable access	Participation	Data
3	Meaningful participation	Resilience	Inclusive policy	Funding
4	Empowerment	Knowledge and participation	Inclusive response and services	Capacity
5	Rights	Feedback and complaints	Cooperation and coordination	Coordination
6		Coordination		
7		Learning		
8		Human resources		
9		Resource management		

practical guidance to ensure inclusion realisation in the implementation of mainstream DRR policy, planning and programming.

Contribution of Persons with Disabilities in DRR

Meaningful participation of persons with disabilities is not limited to ensuring their representation in a meeting. Meaningful participation aims to ensure that persons with disabilities actively contribute to DRR implementation. However, the opportunities for persons with disabilities to contribute are still limited due to misperception of potential capacity of persons with disabilities. It is true that at present the majority of persons with disabilities have limited knowledge and skills on DRR, but this is due to the social and environmental barriers that hinder them to build their capacities on DRR. They lack the opportunities to participate in relevant trainings, workshops, to have direct experiences on DRR, and other capacity development opportunities.

Further, once persons with disabilities have the opportunity to attend DRR trainings or workshops, they rarely have opportunities to practice their new knowledge and skills. Hence, ASB promotes collaboration between capacitated persons with disabilities and mainstream DRR actors in the concrete implementation of DRR. These collaborations allow contextual disability and DRR learning exchange. Further, they broaden opportunities for persons with disabilities to exercise active contribution to DRR. Through Technical

Assistance and Training Teams (TATTs) programme⁸, ASB applied the whole cycle of Inclusion Musts to ensure inclusion in DRR services by BPBD through facilitating collaboration between persons with disabilities, BPBD and other mainstream DRR actors. Activities included *identification* of persons with disabilities and/or local DPOs in eight provinces of Indonesia who were willing to follow a series of capacity building activities. *Accessible* venues were identified to conduct capacity building activities and reasonable accommodation provided, such as support for carer and mobilisation (considering public transportation is not accessible and persons with disabilities might not have private transportation support to reach the venue). Further it included the selection of adequate approaches and topics for the *capacity building* activities. Introducing persons with disabilities to mainstream DRR processes and mechanisms is a must that they can be actively involved and demonstrate relevant and contextual contribution to mainstream DRR in particular on how to make mainstream DRR more inclusive. Regarding the approach, a separate training for persons with disabilities is always effective to prepare and improve their confidence on DRR at the first stage. Joint training with other targeted actors was done at the later stage when the respective persons with disabilities were ready for their active participation. ASB provided further coaching after the training including session trial for trained persons with disabilities so that they are able to facilitate certain training sessions in which they feel confident or even lead a training for both disability and

mainstream actors whenever they are ready. That way, it is possible to promote a positive image and potential contribution of persons with disabilities in DRR.

Persons with disabilities are not always well informed about their rights. Further, from the experiences above, ASB discovered that DRR is not always priority for persons with disabilities. Raising awareness on the linkage between *disability rights* and DRR can increase their interest on DRR because they are more informed about the importance of DiDRR and why they should have opportunities to contribute. This way, we can facilitate persons with disabilities to self-advocate their rights in DRR and to further support the government and other actors in ensuring protection and safety of persons with disability from a disaster, as stipulated in UNCRPD.

Discussion

Aside of the 5 Inclusion Musts developed by ASB, there are also several international guidelines on disability inclusion in humanitarian action, such as the Humanitarian Inclusion Standards (Age and Disability Consortium, 2015; 2018)⁹, Charter of Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action (2016)¹⁰, and Inclusion Charter (2016)¹¹. These international guidelines were developed at around the same time than the 5 Inclusion Musts were being developed, and it turns out that the contents are in line and compatible with each other as summarised in Table 1.

The 5 Inclusion Musts are complementary to the international standards on inclusion, and rather a practical tool for implementing these standards in planning and programming. The 5 Inclusion Musts are developed based on the experiences and challenges gained from practical work on the ground. Further, the 5 Inclusion Musts often have a stronger buy-in and ownership from local stakeholders in Indonesia because they are derived from the local regulations, such as the national regulation on DRR and disability (BNPB 2014) and existing local good practices.

Given its practicality and relevance to the international standards and frameworks on inclusion, this tool has a potential to be used in other countries. In 2017, ASB and the Bangladeshi NGO Centre for Disability in Development (CDD) used the 5 Inclusion Musts in Bangladesh during their Rohingya refugee crisis assessment. The 5 Inclusion Musts were used to guide the development of an assessment tool focusing on age and disability inclusion and in framing the rapid assessment report. Based on this experience, it was found that the 5 Inclusion Musts can be practically used in any context outside of Indonesia.



DPO member conducting a session on hygiene promotion and basic Sign Language for community members while they are waiting for hygiene kit distributions at Camp Lambuna, Palu, Central Sulawesi, 2019.

© ASB Länderbüro für Indonesien und die Philippinen

Despite the fact that the tool can be easily used in other contexts, there needs to be further thinking about the buy-in of DRR and humanitarian actors in other countries to utilise this tool. Learning from the fact that the 5 Inclusion Musts have a strong buy-in in Indonesia because of the strong linkage with the national regulation on DRR and disability and the relevance to the local context, for use in other countries it is better to link the tool with local regulations or frameworks that have more influence locally. For instance in the case of Bangladesh, this could be the Dhaka Declaration¹² (Government of Bangladesh 2015; 2018) since the local ownership of Dhaka Declaration as the national DiDRR commitment is high.

Conclusion

This article has presented the 5 Inclusion Musts, their components and a brief history of development and utilisation. Examples of utilisation of the tool were shown in order to illustrate how the 5 Inclusion Musts are practical to be used as a guidance in the context of DRR and Humanitarian Response as well as in policy and practice. At the policy level, the 5 Inclusion Musts can be used to analyse an existing policy or develop policy recommendations by diagnosing the gaps. In practice, this tool can be used by DRR and humanitarian actors to:

- help identify and understand the situation of persons with disabilities;
- raise awareness about people who are often being left behind before, during and after a disaster;
- indicate ways to reach and involve *hidden populations*
- promote capacity building and leadership of per-

sons with disabilities, and

- assess the inclusion practice of an organisation or of a region.

This article argued that the 5 Inclusion Musts can be successfully used in Indonesia to guide the planning and implementation of DiDRR because it is relevant to the local context, and it is binding because it is derived from local regulations. Therefore, the buy-in from the local stakeholders can be stronger because the ownership is also higher compared to international frameworks.

Considering its practicality and its compatibility with international standards on inclusion, the 5 Inclusion Musts have great potential to be adopted in other regions as well. For this, it is recommended that the 5 Inclusion Musts to be linked with the local policies that have significant influence at the local level in order to secure the buy-in. Only with strong buy-in and relevance at the local level, there is a good chance that international guidelines, tools and frameworks can be implemented sustainably.

NOTES

- 1 Arbeiter-Samariter-Bund is a German-based relief and social-welfare organisation, focusing on the provision of social services in Germany and abroad. In 2006, ASB established a country office in Indonesia overseeing its work in Indonesia and the Philippines. Disability-inclusive Disaster Risk Reduction is one of ASB's key working areas in Indonesia and the Philippines.
- 2 UN CRPD, Article 11 - Situations of risk and humanitarian emergencies "States Parties shall take, in accordance with their obligations under international law, including international humanitarian law and international human rights law, all necessary measures to ensure the protection and safety of persons with disabilities in situations of risk, including situations of armed conflict, humanitarian emergencies and the occurrence of natural disasters."
- 3 The framework and policies reviewed include United Nations Convention of the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD, 2006), which was ratified by Indonesia's government through Law No. 19 Year 2011, Law No. 24 Year 2007 about Disaster Response, Law No. 8 Year 2016 about Persons with Disabilities, Head of BNPB Regulation No. 13 Year 2014 about Gender Mainstreaming in Disaster Response, Head of BNPB Regulation No. 14 Year 2014 about Protection and Participation of Persons with Disabilities in Disaster Response, Yogyakarta Declaration 2012 (Outcome Document of the 5th Asian Ministerial Conference for Disaster Risk Reduction), the Incheon Strategy 2013-2022, SFDRR 2015-2030, and the Sustainable Development Goals (SDGs) 2015 – 2030.
- 4 The specific areas of focus were referred as *musts* to reflect the joint commitments and agreements made in the various related international and national policies and frameworks (ASB Indone-

sia and the Philippines, 2018)

- 5 BPS have used WQG starting from its Population Survey 2010 (BPS 2010). The Interim Population Survey (2015) also used the WQG to measure proportion of the population with functioning limitation.
- 6 *Universal design* means the design of products, environments, programs and services to be usable by all people, to the greatest extent possible, without the need for adaptation or specialized design. (UN General Assembly, 2006).
- 7 Joint Command Post Lombok Sumbawa Earthquake. 2018. Daily Report. [https://ppid.ntbprov.go.id/file/update-penanganan-gempa-lombok-2018-\(07-september\).pdf](https://ppid.ntbprov.go.id/file/update-penanganan-gempa-lombok-2018-(07-september).pdf)
- 8 TATTS Programme is a multi-year consortium programme funded by USAID, implemented in 8 provinces in Indonesia (2014-2018). The consortium members are ASB, Yayasan Mercy Corps Indonesia as the lead of the consortium, Perkumpulan Lingkar, and Indonesia University Forum for DRR and CARDNO. The programme aims to strengthen institutionalised capacities of local disaster management agency (BPBD) in delivering inclusive disaster risk management services
- 9 Which recently became part of the Humanitarian Standards Partnership / Sphere companion standard.
- 10 Charter on Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action is the specific commitments that was launched during the first World Humanitarian Summit (May 2016). The summit was attended by Member States, United Nations organisations and over 100 NGOs. The outcome document of the summit was known as the Agenda for Humanity, wherein the inclusion of persons with disabilities in humanitarian action became a central part of the commitments.
- 11 To support and complement inclusion initiatives of the Charter on Inclusion of Persons with Disability in Humanitarian Action, Inclusion Charter was developed by organisations with specific mandate to support particular vulnerable groups including children, youth and older people (<http://www.inclusioncharter.org/>). These commitments are called the Inclusion Charter.
- 12 Dhaka Declaration is the outcome document of the Dhaka International Conference on Disability and Disaster Risk Management, organised by the Government of Bangladesh and being attended by members of Governments, UNISDR, regional and international non-government organisations working on disability and disaster risk management, and other sectors. The Conference was held in 2015 and more recently in 2018.

REFERENCES

- AGE AND DISABILITY CONSORTIUM (2015): Minimum Standards for Age and Disability Inclusion in Humanitarian Action: Pilot Version.
- AGE AND DISABILITY CONSORTIUM (2018): Humanitarian inclusion standards for older people and people with disabilities.
- ARBEITER-SAMARITER-BUND (ASB)/CENTRE FOR DISABILITY IN DEVELOPMENT (CDD) (2017): Rohingya refugee crisis in Bangladesh: age and disability inclusion rapid assessment report. Available

5 INCLUSION MUSTS

- at: <https://reliefweb.int/report/bangladesh/rohingya-refugee-crisisbangladesh-age-and-disability-inclusion-rapid-assessment>. Visited on 29 January 2019.
- ASB INDONESIA AND THE PHILIPPINES (2017): 7.0 Lombok earthquake: Disability-inclusion rapid assessment report.
- ASB INDONESIA AND THE PHILIPPINES (2018): Panduan Praktis: Penyerapan Mandat Inklusi dalam Penanggulangan Bencana.
- BADAN NASIONAL PENANGGULANGAN BENCANA (BNPB) (2014): Peraturan Kepala BNPB No. 14 Tahun 2014 tentang Penanganan, Perlindungan dan Partisipasi Penyandang Disabilitas dalam Penanggulangan Bencana.
- BNPB (2015): Indonesia's Disaster Risk Management Baseline Status Report 2015. Towards identifying national and local priorities for the implementation of the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (2015-2030).
- BADAN PUSAT STATISTIK (BPS) (n.d.): Kesulitan Fungsional Penduduk Indonesia: Hasil Sensus Penduduk 2010. Available at: <https://www.bps.go.id/publication/2012/05/23/2cdeb19dae54e-8de314944c2/kesulitan-fungsional-penduduk-indonesia-hasil-sensus-penduduk-2010.html>. Visited on 29 January 2019.
- CHARTER ON INCLUSION OF PERSONS WITH DISABILITIES IN HUMANITARIAN ACTION (2016): Available at: <http://humanitariandisabilitycharter.org/>. Visited on 29 January 2019.
- CASH LEARNING PARTNERSHIP (CaLP) (2018): Minimum Standards for Market Analysis. Available at: <http://www.cashlearning.org/downloads/calp-misma-en-web.pdf>. Visited on 29 January 2019.
- CHILD PROTECTION WORKING GROUP (CPWG) (2012): Minimum standards for child protection in humanitarian action. Available at: https://resourcecentre.savethechildren.net/node/6819/pdf/cp_minimum_standards_english_2013_v2.pdf. Visited on 29 January 2019.
- CENTER FOR INTERNATIONAL PEACE OPERATIONS (ZIF)/DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (GIZ) (2013): Trainer manual: mainstreaming gender into peacebuilding trainings.
- EMERGENCY CAPACITY BUILDING PROJECT (2007): Impact Measurement and Accountability in Emergencies: The Good Enough Guide.
- GOVERNMENT OF THE PEOPLE'S REPUBLIC OF BANGLADESH, THE CENTRE FOR DISABILITY IN DEVELOPMENT (CDD)/NATIONAL FORUM OF ORGANIZATIONS WORKING WITH THE DISABLED (NFOWD) (2015): Dhaka Declaration on Disability and Disaster Risk Management. Available at: <https://www.preventionweb.net/english/professional/policies/v.php?id=47093>. Visited on 29 January 2019.
- INCLUSION CHARTER (n.d.): Five steps to impartial humanitarian response for the most vulnerable. Available at: <http://www.inclusioncharter.org/>. Visited on 29 January 2019.
- INTER-AGENCY NETWORK FOR EDUCATION IN EMERGENCIES (INEE) (2012): Minimum Standards for Education: Preparedness, Response, Recovery. Available at: [http://s3.amazonaws.com/inee-assets/resources/INEE_Minimum_Standards_Handbook_2010\(HSP\)_EN.pdf](http://s3.amazonaws.com/inee-assets/resources/INEE_Minimum_Standards_Handbook_2010(HSP)_EN.pdf). Visited on 29 January 2019.
- INTERNATIONAL FEDERATION OF RED CROSS AND RED CRESCENT SOCIETIES (IFRC) (2015): Minimum standard commitments to gender and diversity in emergency programming: Pilot version.
- INTERNATIONAL FEDERATION OF RED CROSS AND RED CRESCENT SOCIETIES (IFRC) (2015): All Under One Roof, Disability-inclusive shelter and settlements in emergencies. Available at: <http://bit.ly/2Bt4FCZ>. Visited on 29 January 2019.
- LIVESTOCK EMERGENCY GUIDELINES AND STANDARDS PROJECT (LEGS PROJECT) (2014): Livestock Emergency Guidelines and Standards, Second Edition. Available at: <https://www.livestock-emergency.net/wp-content/uploads/2012/01/LEGS-Handbook-2nd-edition-web-version-1.pdf>. Visited on 29 January 2019.
- ROBINSON, A./KANI, S. (2014): Disability-Inclusive DRR: Information, Risk and Practical Action. In R. Shaw and T. Izumi (eds.), Civil Society Organization and Disaster Risk Reduction: The Asian Dilemma, Disaster Risk Reduction: Methods, Approaches and Practices, Springer: Japan.
- SEEP (2017): Minimum Economic Recovery Standards, Third Edition Washington D.C., the SEEP Network and Rugby, UK, Practical Action Publishing. Available at: <http://dx.doi.org/10.3362/9781780446707>. Visited on 29 January 2019.
- SLOMAN, A./MARGARETHA, M. (2018): The Washington Group Short Set of Questions on Disability in Disaster Risk Reduction and humanitarian action: Lessons from practice. International Journal of Disaster Risk Reduction No. 31 pp 995-1003.
- SPHERE (2018): The Sphere Handbook: Humanitarian Charter and Minimum Standards in Humanitarian Response.
- UNISDR (2015): The Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (SfDRR) 2015-2030. Available at: http://www.preventionweb.net/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf. Visited on 29 January 2019.
- VILLENEUVE M./ROBINSON A./PERTIWI P.P./KILHAM S./LLEWELLYN G. (2017): The Role and Capacity of Disabled People's Organisations (DPOs) as Policy Advocates for Disability Inclusive DRR in Indonesia. In: DJALANTE R./GARSCHAGEN M./THOMALLA F./SHAW R. (eds.) Disaster Risk Reduction in Indonesia. Disaster Risk Reduction (Methods, Approaches and Practices). Springer, Cham.

ZUSAMMENFASSUNG

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die 2006 verabschiedet wurde, unterstreicht eine feste globale Verpflichtung für den Schutz und die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen, auch im Katastrophenfall. Die steigende Anzahl globaler Verpflichtungen für Inklusion im Gegensatz zu DRR Verfahren auf lokaler Ebene, die noch punktuell sind, hat einen Diskurs über die Zusammenhänge zwischen globalen Verpflichtungen und deren Implementierungsfähigkeit auf lokaler Ebene ausgelöst. Bei der Umsetzung seines DRR Programms hat das ASB-Landesbüro für Indonesien und die Philippinen, mit Sitz in Indonesien, sich bemüht diese Problematik in einer Machbar-

keitsstudie zu thematisieren. Im Mittelpunkt der Studie steht die Identifikation von Zusammenhängen zwischen globalen Verpflichtungen und bestehenden Unterstützungsmaßnahmen, Strukturen und Mechanismen sowie relevanten bewährten Praktiken auf lokaler Ebene. Aus der Machbarkeitsstudie ergeben sich 5 *Inclusion Musts* – ein Praxisleitfaden, um Regierungen und DRR InteressenvertreterInnen im weitesten Sinne anzuleiten, ihre inklusiven DRR-Praktiken auszuweiten. Die Komponenten der 5 Inclusion Musts sind 1) aufgeschlüsselte Daten, 2) Zugänglichkeit/Barrierefreiheit, 3) sinnvolle Teilhabe, 4) Befähigung und 5) Rechte.

RÉSUMÉ

La convention des Nations Unies sur les droits des personnes ayant des restrictions physiques ou mentales adoptée en 2006 a marqué un engagement global à travers la protection et l'accomplissement des droits des personnes ayant des restrictions physiques ou mentales et dans les situations de risques. Le fait que l'engagement global concernant l'inclusion est en train d'augmenter, les pratiques DRR inclusives sur le niveau local ont ouvert une discussion sur la cohérence entre l'engagement global et la capacité de réalisation sur le niveau local. Dans l'implémentation du programme DRR, le bureau national de ASB de l'Indonésie et des Philippines, basé en Indonésie, a essayé de mettre une place ce sujet par une étude faisable. L'étude s'est concentrée de retrouver la cohérence entre l'engagement global et la politique de soutien existante, les structures et mécanismes et de montrer les exemples bien pratiqués sur le niveau local. Cette étude de faisabilité a été publié dans les 5 «doivent-faire» de l'inclusion - un outil pratique pour guider le gouvernement et d'autres DRR - groupes d'intérêts pour élargir les DRR pratiques inclusives. Les components des 5 «doivent-faire» sont 1) les dates des désaccords, 2) l'accès, 3) la participation marquante, 4) l'autorisation, et 5) les droits.

RESUMEN

La Convención de las Naciones Unidas sobre los derechos de las personas con discapacidad, aprobada en 2006, marcó un firme compromiso mundial con la protección y el cumplimiento de los derechos de las personas con discapacidad, incluso en situaciones de desastre. El hecho de que los compromisos globales para la inclusión sean cada vez mayores, pero las prácticas inclusivas de reducción del riesgo de desastres (RRD) a nivel local siguen siendo poco sistemáticas, ha dado lugar a un discurso sobre la coherencia entre los compromisos globales y la capacidad de implementación a nivel local. En la implementación de su programa de RRD, la Oficina de la ASB (Federación de Trabajadores Samaritanos) para Indonesia y Filipinas, con sede en Indonesia, estuvo tratando de abordar esta cuestión mediante la realización de un estudio de viabilidad. El estudio se centró en determinar la coherencia entre los compromisos mundiales y las políticas, estructuras y mecanismos de apoyo existentes, así como las buenas prácticas pertinentes a nivel local. El estudio de factibilidad dio como resultado los “5 deberes de inclusión”, una herramienta práctica para guiar al gobierno y a las partes interesadas en la RRD en general a

expandir las prácticas de RRD inclusivas. Los componentes de los 5 deberes de inclusión son: 1) Datos desagregados, 2) Accesibilidad, 3) Participación significativa, 4) Empoderamiento y 5) Derechos.

AUTHORS

Chrysant Lily Kusumowardoyo is DiDRRN Programme Manager of ASB Indonesia and the Philippines.

Melina Margaretha is Country Director of ASB Indonesia and the Philippines.

Contact: chrysant.lily@asbindonesia.org; melina.margareta@asbindonesia.org; ASB Indonesia and the Philippines: Nglaban RT6 / RW16, Sinduharjo, Ngaglik, Yogyakarta 55581, Indonesia.

Inclusive Disaster Risk Reduction in Myanmar

Kai Pohlmann

Malteser International (MI) is the worldwide humanitarian relief agency of the Sovereign Order of Malta and a non-governmental organisation (NGO) with headquarters in Cologne and New York. Together with its national partner organisation, the Myanmar Independent Living Initiative (MILI), Malteser International implements in Myanmar the project Putting the Sendai Framework into Action: Realising All-of-Society Commitment through the Meaningful Participation of Persons with Disabilities in Disaster Risk Reduction at Regional, National and Local Levels. The project is part of the Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network (DiDRRN) and aims to reduce the disproportionate risk of persons with disabilities in case of disasters.

Context and Needs Analysis

In a two-year' (01.01.2018-31.12.2019) time period and with funding from the German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), Malteser International and MILI implement the project in Myanmar's Kayin state located in the southeast of the country bordering Thailand (see map, source Google Maps). Its total population amounts to ca. 1.500.000 out of which 6,6% are people with disabilities. Major economic sectors are agriculture, mining and forestry. The poverty rate is estimated with 17,4% (2009-10 Integrated Household Living Conditions Assessment).

Over the last two centuries, the yearly Monsoon in Myanmar has changed substantially. While the duration of the season has decreased, intensity of rains and storms has increased extremely. With its many rivers and strong rains in summer, Kayin state is especially disaster-prone and regularly affected by floods. In 2013 and 2018, heavy floods lead to the displacement of more than 45.000 people.

The region is likely to face increased flooding in the future due to climate change and ongoing environmental degradation. Although disasters strike all, persons with disabilities face even higher risks and are disproportionately affected by disasters due to their physical conditions and the wide range of barriers they face in accessing and acting on information.

Myanmar has set a path that complements an agenda for strengthening community resilience to disasters as well as improving the living conditions of persons with disabilities. This includes a pledge made by the government in its 2015 election manifesto to "defend against the dangers arising from natural disasters such as storms, floods and drought, and provide education regarding risk mitigation and protection" (Ministry of Social Welfare, Relief and Resettlement n.d.). Specifically, with respect to community-level actions to reduce disaster risk, the Myanmar Action Plan on Disaster Risk Reduction, a road

Stories of Change – 1

"I am very happy as I am invited"

Daw Kyi Myint, physically impaired person, who lives in Min Ze Gatte Village is member of the inclusive village DRM committee. Her village faces floods every year. Although village DRM committee has been organized previously, nobody invited her to participate in committee. When DIDRR project implemented by MI and MILI came and facilitated to reform their village DRM committee, PWDs was invited to participate in the meeting. She felt so motivated to actively participate in their inclusive village DRM committee as village leader and administrator invited her to attend meetings and formation of inclusive village DRM committee.

She said that there are 20 PWD in her village. When floods happen in her village, those PWD find difficulty to go to evacuation centre as the evacuation route is not accessible for PWD. She mentioned, now, she was happy as she had an opportunity to discuss disability inclusiveness for PWD in every DRM measure such as HVCA and action plan for DRM planning.



map for the implementation of disaster risk reduction, has emphasized the priority of community-based disaster preparedness and risk reduction. Key points highlighted include calls for stronger decentralisation of service-delivery, increasing investments in disaster response and broadening the policy landscape. Concerning inclusion of persons with disabilities, Myanmar became a signatory to the Convention on the Rights of Person with Disability on December 7, 2011 and in June 2015, the Assembly of the Union adopted the Disability Rights Law. In addition, policies and legislative bills across other key sectors and themes of development support the wider objectives of community-based disaster risk management and inclusion. On a global level, Myanmar is signatory of many relevant regional and international humanitarian and development-oriented agreements. Among these of special

significance are the Sustainable Development Goals, the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (SFDRR) 2015–2030, the Paris Agreement of the United Nations Framework Convention on Climate Change and the Association of Southeast Asian Nations' (ASEAN) Agreement on Disaster Management and Emergency Response.

While the institutions in Myanmar have acknowledged the need to act and have increased their efforts in adopting relevant policies, the implementation of these remains difficult. A big challenge is, firstly, the little awareness not only among the population but also among the practitioners such as the responsible Ministry of Social Welfare, Relief and Resettlement in inclusive DRR. The United Nations International Strategy for Disaster Reduction 2013 Survey (multi-nation including Myanmar) on Living with Disabilities and Disasters found that 72% of respondents do not have a personal preparedness plan in the event of a disaster.

Secondly, due to a protracted armed conflict in Kayin state and the lack of service-providers' financial resources, capacities and qualified personnel, access to social infrastructure is inadequate. Concerning Disaster Risk Management (DRM), there is a lack of essential infrastructure such as barrier free evacuation centers and evacuation routes. What is more, poor drainage systems worsen impact and lengthen flood time.

Thirdly, there is a lack of communication between the different administrative levels. Political-cultural barriers and top-down governance hinder villagers', and especially person with disabilities', interaction with higher-level stakeholders. This has led to local authorities' inaction during disasters without direct intervention from higher levels of government.

Lastly, resources are spent and emphasize wrong priorities. Government authorities' existing DRR action plans deal more with responses than preparedness and prevention. In 2008, cyclone Nargis in Myanmar with a death toll of around 140.000 was a powerful incentive for a new, nationwide focus on effective disaster response and preparedness and it catalyzed the development of a number of documents and disaster management activities which represent significant progress towards institutionalizing DRM. The Relief and Resettlement Department (RRD) has also grown considerably since Nargis. However, there is still a considerable bias towards government spending on response, at over 60% of RRD's budget, in contrast to spending on DRM which is only 1,7%

Project Objectives and Underlying Activities

Malteser International and MILI implement project activities in 32 rural, disaster-prone and remote villages and in Hpa An, the capital of Kayin state, which is regularly flooded. Based on the gaps identified, the proposed project aims at mitigating the adverse impacts of natural disasters on disaster-prone communities and especially on most at-risk groups such as persons with disabilities. Following the national, regional and global commitments and frameworks, Malteser International and the Myanmar Independent Living Initiative cooperate with government actors and thus build sustainable community resilience after project end. To achieve this, the action will focus on the inclusion of persons with disabilities in disaster risk management, capacity strengthening of DRR actors including government institutions and improved coordination between local and regional levels. The specific objectives and the project activities to achieve those are explained below.

Objective 1: DRR key-stakeholders have a better understanding on relationship between risk and disability

In order to ensure the project's sustainability and build stakeholders' ownership, the project empowers the target population. Key stakeholders in disaster risk reduction, not yet focused on the inclusion of persons with disabilities need training and practical guidance on the relationship between risk and disability as well as inclusive practices to inform DRR policy and frameworks. People with disabilities and other stakeholders need to gain skill-sets, knowledge and opportunities to better realise and make use of their potentials. This ensures their meaningful participation in order to overcome the barriers in society that persons with disabilities face. Moreover, persons with disabilities need to be empowered to be aware of their rights and advocate for inclusion of their needs within disaster risk management (DRM) at all levels in order to take a leading role in DRM and within community-based disaster risk management committees.

Consequently, in a first step, MI and MILI conducted a range of *trainings and awareness raising sessions* with and for various stakeholders. In this regard, an orientation on the project to state officials and State level Disaster Risk Management Committees and targeted communities took place in order to strengthen coordination with state authorities, other DRR stakeholders, Non-governmental organisations and civil society organisations (CSOs), and to raise their awareness about project strategy, expected outcomes and activities. Likewise, the project team introduced the project

profile in all 32 target villages and in Hpa An. Additionally, Malteser International conducted a training of trainers for MILI in project planning and management, proposal writing and participatory facilitation methods in order to strengthen their capacities and provide multiplier trainings to other, newly established Disabled People's Organisations (DPOs). Lastly, the project team carried out a comprehensive inclusive disaster risk reduction training to DRR actors including government officials with the reference of an inclusive DRR guidebook produced under this project.

Objective 2: Strengthened active participation of persons with disabilities in policy processes and mechanisms

Participation of persons with disabilities and Disabled People's Organisations in key national, regional and global events related to concerns of DRR and inclusion ensures that their voices are being heard and their knowledge and experience is feeding national, regional and global policies. Hence, MILI and MI prepare persons with disabilities and their representative organisations to meaningfully contribute to these processes and mechanisms to inform mainstream DRR actors that disability-inclusion is not merely about technical capacity but more importantly about the opportunities for persons with disabilities to actively contribute to disaster risk reduction.

At the beginning of the project, there was no DPO active and the Myanmar Independent Living Initiative was not operational in Kayin state. Hence, MILI conducted a detailed Hazard, Vulnerability and Capacity Assessment (HVCA) in the target villages and identified persons with disabilities for the *formation of two Disabled People's Organisations* who now are registered and active with ever-growing membership numbers. Due to its long-term experience, MILI was able to build the capacities of the new DPOs and increased the members' knowledge and skills on disaster risk management. Further, these activities enable DPOs to introduce disability perspectives in DRR contexts in order to be considered among DRR actors resulting in an increased engagement among DPOs and DRR actors at all levels. Through self-advocacy, capacitated persons with disabilities and DPOs are now capable to influence inclusion considerations in DRM-related frameworks, strategies and processes at all levels.

Moreover, MI and MILI encouraged setting up a *DRR Working Group* for the first time in Kayin state handing them over the responsibility to coordinate all disaster risk reduction measures. For that purpose, an inclusive DRR Training was organised for key DRR

actors in Kayin state such as UN organisations, NGOs and CSOs and focal Government DRR structures such as the Department of Disaster Management (DDM). The training objective was to ensure that the key DRR actors had a better understanding of the relationship between disability and risk. At the end of the training, the participants agreed to establish themselves as the official DRR Working Group (DRRWG) of Kayin state. Now, the DRRWG Kayin has 21 members including government representatives, NGOs and DPOs and monthly meetings take place regularly. The DRRWG has moreover developed detailed terms of references with the objective to increasing the understanding of DRR actors on the relationship between risk and disability as well as contributing to building resilient communities with an all-inclusive approach in Kayin State through implementing the Global Sendai Framework as well as the Myanmar Action Plan of Disaster Risk Reduction at the local level. Both terms of references and monthly meeting topics take into consideration disability inclusiveness. MILI and the other Disabled People's Organisations in Kayin state are Working Group members and participate in every meeting to give disability-related inputs and advocate for the needs and rights of persons with disabilities in disasters.

On village level, with the involvement of village leaders and the wider community, Malteser International and MILI facilitated to form Inclusive Village Disaster Management Committees (IVDMC) with five adjoining Task Force Groups (First Aid, Early Warning, Search and Rescue, Shelter Management and Water and Sanitation) including persons with disabilities. Their task is to take the leading role in disaster risk management in their villages as well as to strengthen community resilience and preparedness to disasters. Moreover, the IVDMCs are responsible to draw the disaster preparedness plans for their respective village including taking account the needs of persons with disabilities to be featured in the priority list of evacuation. All 32 villages and the capital Hpa An have established IVDMCs with overall 379 members, thereof 32 persons with disabilities. The project team trained IVDMCs on conducting a Hazard, Vulnerability and Capacity Assessment for identification and analysis on hazards vulnerabilities and capacities. Consequently, the IVDMC conducted the HVCA in their respective villages and used the findings for drawing their individual preparedness and response plans. Thereafter, MI trained the Inclusive Village Disaster Management Committees on early warning, first aid, search and rescue as well as on the development of community based disaster preparedness plan for all target villages. The IVDMCs

are now able to determine strategies of disaster risk management measures to lessen their risk and their vulnerability as well as to avoid implications based on disasters for their livelihood activities such as farming. What is more, the committees are also more confident in coordinating with government authorities when a disaster occurs. Additionally, Disaster Risk Reduction Kits with 26 items, e.g. hand speaker and loud speaker, life jacket, life buoy etc., were provided to all target villages' committees not only to save flood affected communities during the 2018 floods but also to be ready for any disaster response in the future.

Objective 3: Strengthened resilience of most at-risk groups including persons with disabilities in case of disaster through delivery of practical approaches related to the implementation of SFDRR at the community level

As illustrated above, Hpa An as well as the rural project villages are highly prone to floods, face however challenges in preparing and managing these. From a strengthened prevention of natural hazards, the entire population of the selected villages benefits while – based on their actual marginalization and due to the project's embeddedness in the Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network – a special emphasis needs to be laid on advocating for the needs of people with disabilities and their inclusion in disaster risk management processes.

At project start, the evacuation centres in the target villages were run-down and not accessible for persons with disabilities in order to evacuate safely in case of a disaster, especially flood. Thus, the project team and the IVDMCs *rehabilitated evacuation centres* in five centrally located villages and made them accessible and barrier-free.

As a combined effort of the DRR Working Group Kayin State and the Inclusive Village Disaster Management Committees, *flood mock drills* with an all-inclusive approach took place before the monsoon season in the project villages in order to practice disaster response. Through the participation of persons with disabilities in the simulation, the DRR actors gained more understanding on inclusiveness and the risks persons with disabilities face in a disaster. At the simulations, the established IVDMCs actively demonstrated their roles and responsibilities as well as encouraged disability inclusiveness in response measures especially in assessments, distribution of relief items and rescuing persons with disabilities with priority.

In July and August 2018, the project stakeholders had to implement their gained skills in reality when *seasonal floods* triggered by heavy rain hit not only the

Stories of change – 2

Until 2017, the Department of Relief and Resettlement in Myanmar became only active to provide relief after disasters. Realizing the importance of disaster preparedness, the Myanmar Government gave more authorities to this department in order to cover the countries' overall disaster risk management and changed its name to Department of Disaster Management (DDM) in early 2018.

After the change, the DDM of Kayin state initially faced a lot of challenges. Thus, the Director of the Department of Disaster Management was very happy and warmly welcomed when the DRR Working Group of Kayin state was established by MI and MILI in March 2018. He said that "We had been worried before to play the key role in disaster risk management with the changing authority in my department, as you know; we had few experienced staffs and a limited budget for DRR activities. Now, we might have more achievements on disaster risk management with the accomplishments on flood responses, simulation exercise, and celebration of the IDDR event with an all-inclusive approach."

Supporting the work of the DRR Working Group, the IVDMCs formed and trained at the project villages performed well during the flood in Kayin state. The committee members (including persons with disabilities) gave early warning to the communities with updated information of the flood, assisted the vulnerable people including persons with

disability in evacuating to safe places and coordinated with local authorities, private donors and agencies in sharing information and distributing relief items.



DDM team at simulation exercise in project target village

In this regard, persons with disability are able to participate in village committees for the first time with the support of the project. A physically impaired lady from a project village showed her motivation and enjoyment when she was invited to participate in the committee. She was happy as she had an opportunity to raise the issues of persons with disabilities in any disaster.

project villages situated close to mighty rivers but the whole of Kayin State and displaced more than 16.000 people. The established DRR Working Group Kayin acted in the role of coordinating body during the entire emergency response. Various humanitarian agencies and government authorities coordinated with the DRRWG for information sharing, seeking advice for avoiding overlapping and assessing need for flood affected people in Kayin state. Formed and trained IVDMCs from all flood affected project villages took the responsibility in the first-hand response at the community level. They conducted early warning before the water reached dangerous levels and timely evacuated the village residents, with priority given to persons with disabilities, safely to the evacuation centers. What is more, they collected a list of flood-affected households and communicated with the Department of Disaster Management and humanitarian agencies to timely obtain information on the communities' pressing needs, especially for the evacuees during the floods' acute phase. With funding from Aktion Deutschland Hilft (ADH), the Inclusive Village Disaster

Management Committees were able to distribute 290 Non Food Item kits and 12.000 kg of rice to 10.000 flood-affected people living in the target villages. As the result of the very good organisation, no person died in the project villages, while the flood claimed at least 16 people across Southeast Myanmar. Moreover, the community appreciated the efforts of the formed and trained IVDMCs. After the acute phase, Malteser International and MILI received a grant by UNOCHA to rebuild social infrastructures damaged by the floods in the project villages. This includes school buildings including water and sanitation facilities with a disability-inclusive approach. All rehabilitations will be designed more resistant to future floods. IVDMCs will take over the project implementation and make committees stronger and, through participation of the community, leading to more sustainability of the initiated positive changes.

Objective 4: Increased consideration of the needs of persons with disabilities in key DRR related frameworks, strategies and processes (regional, national and local levels)

In order to sustainably continue the started efforts and multiply these country-wide, authorities and stakeholders in Myanmar need to be sensitised for the importance of inclusive approaches in DRR. This is facilitated through direct engagement of implementing organisations and trained DPO representatives with government and other key stakeholders (incl. provision of technical support) with the aim to have inclusion reflected in DRR related planning, policy and action from regional to local levels to which the following activities contribute.

Firstly, in order to have a reference for all DRR actors in Myanmar, MILI took a leading role in the production and country-wide distribution of a *guidebook on inclusive disaster risk reduction* (both English and Burmese). The guidebook shows how to ensure inclusiveness in DRR to be used by local/national level authorities, DRR actors and other relevant stakeholders. It serves as a manual for trainings to governments and Disabled People's Organisations as well as includes standard operating procedures for inclusive DRR projects. It is also applied to advocate at national level in order to disseminate knowledge on inclusive disaster risk reduction to other DRR actors. Moreover, during the recent flood simulation exercise, a video clip was produced as an awareness raising tool for village level flood emergency response and as a guiding tool for the state DDM in future drills.

Secondly, in cooperation with the other organisations from the Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network, multi-stakeholder platforms have been established enabling cross-sectoral engagement for inclusive-DRR and good inclusive practices shared amongst stakeholders. In this regard, representatives from MI and MILI attended and actively contributed their knowledge and lessons learned on disability inclusiveness in Myanmar at the *Asian Ministerial Conference on Disaster Risk Reduction* (AMCDRR) in Mongolia during July 2018. Throughout the event, MILI and MI exchanged best practices with DiDRRN members and other international actors, shared their experiences from the Myanmar context and built strong networks. At the market place, members from DiDRRN promoted their activities to different global stakeholders.

Thirdly, the DRR Working Group, Department of Disaster Management and the Department of Social Welfare took the lead in organising the commemoration of the International day of disaster risk reduction

(IDDRR) on 13th October 2018 as well as the *International Day of Person with Disability* in December 2018 at Hpa An town hall. In these events, the project team and the DPOs raised awareness on inclusive DRR through displaying the activities at a booth and organising a campaign with quizzes, showing the flood simulation video and distributing promotional material on the project. Over 400 participants from Ministries of Kayin State, DDM, humanitarian and civil society organisations and the public celebrated. Furthermore, MI, MILI and DPO members also participated in the IDDRR event and campaign at the capital of Myanmar, Nay Pyi Taw, to raise further awareness and influence decision-making on national level.

Through these awareness-raising efforts, the project has already led to numerous achievements. Following discussions with the DRRWG, the DDM has newly committed to consider the needs of persons with disabilities in every training for government DRR staff and volunteers and in every activity regarding DRR such as the pre-monsoon flood simulation exercises. Moreover, DPOs are more visible and able to advocate for persons with disabilities' needs as the state Department of Social Welfare invites the DPOs regularly to participate in township and state level disability-related events. Lastly, the strengthened village Inclusive Village Disaster Management Committees are able to more effectively communicate with the state level disaster management committee for preparedness and response to any disaster in the future.

Conclusion

All project target villages have faced seasonal flooding over years. However, they had no opportunities to gain capacities to manage disaster risks. In addition, as the communities are poor, building resilience and including persons with disabilities were not their priorities. Although still being implemented, the project has at this stage already facilitated change in the lives of persons with disabilities as well as lead to a strengthened disaster preparedness in Kayin state. The project contributed to make communities more resilient and anchor started efforts sustainably through the involvement of key actors from government and civil society. Accordingly, DPO members and IVDMCs have increased their capacities not only to prepare for disasters and manage relief efforts, such as the devastating 2018 floods, but also to advocate for the inclusion of persons with disabilities in processes related to disaster management policies at both national and state DRR frameworks.

REFERENCES

- MAP OF KAYIN STATE (n.d.): Available at: [https://www.google.com/maps/place/Kayin-Staat,+Myanmar+\(Birma\)/@17.3451846,95.4214841,7z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x30c2af4874dca85:0x51bc19501b4f219c!8m2!3d16.9459346!4d97.9592863](https://www.google.com/maps/place/Kayin-Staat,+Myanmar+(Birma)/@17.3451846,95.4214841,7z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x30c2af4874dca85:0x51bc19501b4f219c!8m2!3d16.9459346!4d97.9592863). Visited on 28.03.2019.
- MINISTRY OF SOCIAL WELFARE, RELIEF AND RESETTLEMENT (n.d.): Myanmar Myanmar National Framework for Community Disaster Resilience. Promoting People-centered, Inclusive, and Sustainable Local Development. Available at: https://themimu.info/sites/themimu.info/files/documents/Core_Doc_National_Framework_for_Community_Disaster_Resilience.pdf. Visited on 29.03.2019.
- PLANNING DEPARTMENT (PD) - MINISTRY OF NATIONAL PLANNING AND ECONOMIC DEVELOPMENT (MNPED)
- CENTRAL STATISTICAL ORGANIZATION (CSO) (2009/2010): Integrated Household Living Conditions Assessment 2010: Integrated Household Living Conditions Assessment 2009-2010. Available at: <http://catalog.ihsn.org/index.php/catalog/6256>. Visited on 29.03.2019.

ZUSAMMENFASSUNG

Malteser International (MI) ist ein weltweit aktiver souveräner Malteserorden für humanitäre Hilfe und eine Nichtregierungsorganisation (NRO) mit Hauptsitzen in Köln und New York. Zusammen mit seiner nationalen Partnerorganisation, der Myanmar Independent Living Initiative (MILI), wurde das Projekt *Umsetzung des Sendai Frameworks: Realisierung einer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung durch angemessene Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in die Katastrophenvorsorge auf regionalen, nationalen und lokalen Levels*. Das Projekt ist Teil des Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Netzwerks (DiDFFN) und hat die Verringerung der überproportionalen Risiken von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall zum Ziel.

RÉSUMÉ

Malteser International (IM) est l'agence humanitaire globale de la mission souveraine de Malta et une organisation non-gouvernementale (ONG) avec ses quartiers générales en Cologne et New York. Ensemble avec leurs organisations partenaires nationales, l'Initiative indépendante de Myanmar (Myanmar Independent Initiative (MILI)), le Malteser International implémente le projet «Putting the Sendai Framework into action: Realising all-of-society commitment through the meaningful participation of persons with disabilities in disaster risk reduction at regional, national and local levels» (mettre en place le Sendai Framework : réaliser l'engagement de toute la société par la participation importante des personnes ayant des restrictions physiques ou mentales dans la réduction des risques des désastres sur le niveau régional, national et local. « Le projet est partie du réseau de la prévention des catastrophes et risques inclusifs (Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network (DiDRRN)) et a pour but de réduire le risque disproportionné des

personnes ayant des restrictions physiques ou mentales dans le cas des désastres.

RESUMEN

Malteser International (MI) es la agencia mundial de ayuda humanitaria de la Soberana Orden de Malta y una organización no gubernamental (ONG) con sede en Colonia y Nueva York. Junto con su organización nacional asociada, la Iniciativa de Vida Independiente de Myanmar (MILI), Malteser International lleva a cabo en Myanmar el proyecto “Poner en marcha el Marco de Sendai: Cumplir el compromiso de toda la sociedad mediante la participación significativa de las personas con discapacidad en la reducción del riesgo de desastres a nivel regional, nacional y local”. El proyecto forma parte de la Red para la Reducción del Riesgo de Desastres (DiDRRN) y tiene como objetivo reducir el riesgo desproporcionado de las personas con discapacidad en caso de desastres.

AUTHOR

Kai Pohlmann works for Malteser International in Cologne as Manager for Quality and Knowledge. Together with the local implementation team, he has been involved in and advised the project set-up as well as conducted monitoring visits to the project location in Myanmar witnessing the action's implementation on the ground.
Contact: kai.pohlmann@malteser-international.org

The picture rights are held by Kai Pohlmann.

Katastrophenhilfe muss inklusiv sein

Information Nr. 4/2017 herausgegeben vom
Deutschen Institut für Menschenrechte¹

Anna Hückmann

Menschen mit Behinderungen sind von Gefahrensituationen und humanitären Notlagen unverhältnismäßig stark betroffen. Auch Hilfsprogramme sind für sie häufig nicht zugänglich. Dies führt zu weitreichenden Menschenrechtsverletzungen. In einer Studie untersucht das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen und formuliert Empfehlungen.

Im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats, dem höchsten Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen (UN), hat das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (UN-Hochkommissariat) Ende 2015 eine Studie zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen, darunter bewaffneten Konflikten, humanitären Notlagen und Naturkatastrophen, veröffentlicht². Die Studie wurde im Rahmen der Resolution 28/4 des UN-Menschenrechtsrats erarbeitet. Sie ist Teil einer Serie von Maßnahmen zur Klärung der menschenrechtlichen Verpflichtungen, die für Vertragsstaaten aus der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)³ erwachsen. Da die Studie nicht in einer offiziellen deutschen Übersetzung erhältlich ist, soll sie im Folgenden zusammengefasst und ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen vorgestellt werden.

Ziel der Studie ist es, Artikel 11 der UN-BRK in einen Zusammenhang mit

bestehenden internationalen Menschenrechtsnormen und der globalen Diskussion zum Umgang mit Katastrophen und humanitären Notlagen zu bringen, gute Beispiele zu identifizieren und Empfehlungen zu formulieren. Gemäß Artikel 11 der UN-BRK sollen die Vertragsstaaten – im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen – alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um in Gefahrensituationen wie bewaffneten Konflikten, humanitären Notlagen und Naturkatastrophen den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Das UN-Hochkommissariat hat im Zuge der Anfertigung der Studie die Staaten sowie andere wichtige Akteure, etwa regionale Organisationen, den Sonderberichterstatter für Menschen mit Behinderungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen und nationale Menschenrechtsinstitutionen, konsultiert⁴. Aus Deutschland wurden keine Informationen eingereicht⁵.

Im Anschluss an die Vorstellung der Studie verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat die Resolution 31/6. Darin fordert er die Staaten auf, die Ergebnisse der Studie zu berücksichtigen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen zu

schützen⁶. Um den Empfehlungen Nachdruck zu verleihen, widmet sich der UN-Menschenrechtsrat in seiner *Jährlichen Debatte zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen* der Resolution – dieses Jahr in seiner 34. Sitzung vom 27. Februar bis 24. März 2017 in Genf.

Das System der humanitären Hilfe

Zu den Hauptakteuren des humanitären Systems zählen einerseits die lokale Bevölkerung, lokale Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) und kommunale Einrichtungen, die die Menschen humanitär unterstützen, andererseits Regierungen, die humanitäre Hilfe gewähren oder empfangen, humanitäre Organisationen der UN und internationale nicht-staatliche Akteure⁷.

Humanitäre Hilfe muss den Prinzipien der Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität folgen⁸. Dies führt dazu, dass humanitäre Hilfe grundsätzlich nicht von Staaten erbracht werden kann, diese jedoch humanitäre Organisationen aufgrund des Humanitätsgebots unterstützen müssen⁹. Um neutral sein zu können, müssen die Organisationen unabhängig vom Staat sein¹⁰. Artikel 23 und 55 des Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten¹¹ und Artikel 70 des Zusatzprotokolls I¹² verpflichten die Staaten, in Konfliktsituationen grundsätzlich humanitäre Hilfe zu gewähren und zuzulassen. Dies muss ebenso für Naturkatastrophen gelten, die mit Gewaltkonflikten verbunden sind¹³.

Inhalt der Studie

In seiner Studie stellt das UN-Hochkommissariat klar, dass die UN-BRK einen Paradigmenwechsel markiere, weg von einem medizinischen Verständnis hin zu einem menschenrechtzbasierten Verständnis von Behinderung. Der menschenrechtsorientierte Ansatz in Artikel 11 der UN-BRK erfordere ein neues Verständnis des humanitären Völkerrechts. Das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen seien komplementär und verstärkten sich gegenseitig. Die UN-BRK gelte für alle Menschen mit Behinderungen – unabhängig von ihrem rechtlichen Status oder ihrer Nationalität.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehe davon aus, dass 15 Prozent der Weltbevölkerung eine Beeinträchtigung hätten. Notlagen würden Menschen mit Behinderungen unverhältnismäßig stark treffen. Daten aus Japan bestätigten, dass die Wahrscheinlichkeit, im Katastrophenfall zu sterben, für Menschen mit Behinderungen viermal höher sei. Menschen mit Behinderungen seien in Gefahrensituationen vermehrt Missbrauch, Vernachlässigung und Zurücklassen

ausgesetzt. Auch seien die Hilfsprogramme, Unterbringung, Kommunikation und der Transport häufig nicht zugänglich für Menschen mit Behinderungen. Dies führe zu weitreichenden Menschenrechtsverletzungen. Besonders gefährdet seien ältere Menschen, Frauen, Jungen und Mädchen mit Behinderungen.

Die Studie thematisiert vier zentrale Aspekte, die im globalen Diskurs bei Katastrophen und humanitären Notlagen beachtet werden müssten:

- Partizipation von Organisationen, die Menschen mit Behinderungen vertreten
- Gleichstellung und Nichtdiskriminierung aufgrund von Behinderungen
- Stärkung der Eigenständigkeit von Menschen mit Behinderungen
- Umsetzung der UN-BRK in Gesetzgebung, Politik und Praxis

Das UN-Hochkommissariat zeigt vier Mechanismen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen auf:

- Kernelemente wirksamer Katastrophenabwehr für Menschen mit Behinderungen identifizieren
 - Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen reduzieren und Risikomanagement
 - Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Konfliktsituationen beachten
 - Transformation durch Innovation ermöglichen
- Kernelement wirksamer Katastrophenabwehr für Menschen mit Behinderungen sei die Förderung der Zusammenarbeit von lokalen, nationalen und internationalen Organisationen. Hier müsse der Dialog und die Verbreitung von guten Beispielen gefördert werden zwischen Menschen mit Behinderungen und den sie vertretenden Organisationen auf der einen Seite und denjenigen, die im Bereich von Gefahrensituationen und humanitären Notlagen arbeiten, auf der anderen Seite.

Um Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung aufgrund von Behinderung aufzudecken, fehle es an menschenrechtlich aussagekräftigen Daten. Deshalb müsse die Erhebung, Verwaltung, Desaggregation und Analyse von Informationen gestärkt werden. Dafür könne an die derzeitige Rahmenregelung des UN-Sicherheitsrats, die das Sammeln von Informationen über Zivilpersonen, Kinder und Frauen in Konflikten regelt, angeknüpft werden.

Menschen mit Behinderungen müssten in Gefahrensituationen systematisch identifiziert werden. Hier bedürfe es weiterer qualitativer, partizipatorischer Forschung, um Erkenntnisse über die Bedürfnisse, Erfahrungen und Prioritäten von Menschen mit

Behinderungen zu erhalten und die Entwicklung von inklusiven Politikkonzepten und Praktiken zu fördern.

Um die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen zu reduzieren und deren Sicherheit zu gewährleisten, müssten Informationen in zugänglichen Formaten bereitgestellt werden, insbesondere für Menschen mit Hör-, Seh- und geistigen Beeinträchtigungen. Außerdem müssten Evakuierungssysteme verbessert werden, denn fehlende zugängliche Informationen und Unterstützung könnten dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen keinen Zugang zu humanitärer Hilfe hätten. Außerdem müssten Wasser- und Sanitäranlagen in Notfallunterkünften für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Dies gelte auch für Gesundheits- und Rehabilitationseinrichtungen.

Schließlich könne inklusives Risikomanagement in Gefahrensituationen nur umgesetzt werden, wenn hierfür Gelder bereit stünden. In Gefahrensituationen seien Menschen mit Behinderungen – insbesondere Frauen, Mädchen, Jungen und Alleinlebende – besonders häufig Ziel von Gewalt. Humanitäre Notlagen führten auch vermehrt zu Barrieren in der Infrastruktur. Weltweit seien Menschen mit Behinderungen unter den Armen überrepräsentiert und am meisten von Ausgrenzungen in der Gesellschaft betroffen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs) und die darauf aufbauende Entwicklungspolitik müssten diesen Umstand zielgerichtet adressieren. Um Staaten besser auf Notsituationen vorzubereiten, sollten die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung und ihr Zugang zu inklusiver Bildung und Arbeit gestärkt sowie die Ungleichheit in und zwischen den Staaten verringert werden. Darüber hinaus sollten Staaten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen nach Konflikten und Katastrophen beim Wiederaufbau ihrer Existenz hinreichend unterstützt würden.

Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Konfliktsituation, insbesondere in bewaffneten Konflikten, müssten beachtet werden. Konfliktparteien seien verpflichtet, Warnungen herauszugeben, wenn die Zivilbevölkerung von Angriffen gefährdet sein könnte. Untersuchungen zeigten, dass Familien von Menschen mit Behinderungen ohne hinreichende Unterstützung sich oft entscheiden müssten, ob sie ihr eigenes Leben riskieren, um ihre Verwandten zu retten oder ihre Verwandten zurücklassen. Trotz vielseitiger Bemühungen würden Kinder immer noch in bewaffneten Konflikten eingesetzt – insbesondere Kinder mit Behinderungen als Selbstmordattentäter. Staaten und nichtstaatliche Akteure sollten außerdem dafür sorgen, dass

Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrer Wünsche mit ihren Familien vereint würden.

In bewaffneten Konflikten müsse stets zwischen Zivilisten und Kombattanten unterschieden werden. Angriffe dürften nur gegen Kombattanten gerichtet werden und gegen Menschen mit Behinderungen nur dann, wenn sie aktiv am Konflikt beteiligt seien. In Übereinstimmung mit der UN-BRK dürften Menschen mit Behinderungen nicht gegen ihren Willen in psychiatrischen Einrichtungen festgehalten werden. Alle Parteien seien verpflichtet, Kriegsgefangenen mit Behinderungen zugängliche und angemessene Unterkünfte bereitzustellen, sodass sie selbstbestimmt dort leben könnten. Schließlich müsse für die Reintegration von Ex-Kombattanten mit Behinderungen ein umfassendes Unterstützungssystem etabliert werden.

Letztlich erfolge Transformation durch Innovation. Die UN-BRK fördere das Prinzip des universellen Designs, das mit dem Prinzip der Zugänglichkeit verzahnt sei. Diese Prinzipien sollten alle Politikbereiche lenken, im Besonderen die des Wiederaufbaus. Staaten sollten beim Wiederaufbau Vorgaben des universellen Designs und der Zugänglichkeit berücksichtigen.

Neue Technologien ermöglichen, dass bei Evakuierungen und bei der Überbringung von Hilfeleistungen sachkundigere Entscheidungen getroffen werden können; zudem könnte heute früher vor Katastrophen gewarnt und eine Evakuierung besser verbreitet werden. Für erfolgreiche Innovationen bei humanitären Interventionen sollte schließlich eine Qualitätskontrolle im Hinblick auf Zugänglichkeit, Umsetzung des universellen Designs, Partizipation, Rechenschaftspflicht, Nichtdiskriminierung, Stärkung der Eigenständigkeit und Einhaltung der internationalen Menschenrechtsstandards, insbesondere der UN-BRK, durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen des UN-Hochkommissariats

Die Studie des UN-Hochkommissariats endet mit folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die hier in deutscher Übersetzung wiedergegeben sind 14 (die Ziffern geben die jeweiligen Absatz-Nummern im UN-Dokument wieder):

54. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nimmt einen Paradigmenwechsel vor: Es betrachtet Menschen mit Behinderungen nicht mehr als Gegenstand von medizinischer Versorgung und Wohltätigkeit, sondern erkennt sie als Rechtssubjekte an. Dieser menschenrechtsorientierte Ansatz in der Behindertenthematik erfordert ein neues Verständnis des humanitären Völkerrechts,

des Flüchtlingsvölkerrechts und der internationalen Rahmenvorschriften für Nothilfe, wenn es um ihre Anwendung auf Menschen mit Behinderungen geht. Staaten, nichtstaatliche Akteure und humanitäre Akteure sollten im Einklang mit dem Übereinkommen ihre Politikkonzepte und Praktiken für den Umgang mit Gefahrensituationen und humanitären Notlagen reformieren.

55. In Bezug auf den Schutz von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen sollten das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen als komplementär und sich gegenseitig verstärkend betrachtet werden. Für die Auslegung und Umsetzung des humanitären Völkerrechts sollten Normen herangezogen werden, die ein völliges Verbot des Freiheitsentzugs aufgrund einer Beeinträchtigung und der Zwangseinweisung in psychiatrische Einrichtungen und andere Institutionen fordern sowie die Verpflichtung enthalten, für Menschen mit Behinderungen, denen die Freiheit entzogen wird, angemessene Vorkehrungen zu treffen.

56. In Zeiten eines Notfalls kommt es entscheidend auf die angemessene und rasche Bereitstellung zugänglicher Informationen an. Der Einsatz vielfältiger und innovativer Kommunikationsmittel kann die Zugänglichkeit verbessern und dazu beitragen, dass keine Gruppe von Menschen mit Behinderungen in den verschiedenen Stadien eines Nothilfeeinsatzes, einschließlich Wiederherstellung und Wiederaufbau, ausgeschlossen wird. Staaten, nichtstaatliche Akteure und andere humanitäre Akteure sollten in allen Phasen eines solchen Einsatzes ein wirksames Informationsmanagement und die wirksame Verbreitung zugänglicher Informationen sicherstellen.

57. Partizipation, Rechenschaftspflicht, Nichtdiskriminierung und Stärkung der Eigenständigkeit sind fundamentale Prinzipien eines menschenrechtsorientierten Ansatzes in der Behindertenthematik. Die Gewährleistung dieser Prinzipien trägt zur Ausübung der Menschenrechte bei und ist ein bewährter und wirksamer Weg, um den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen zu vermeiden. Die Staaten und die humanitären Akteure sollten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen, einschließlich Frauen, Männern, Jungen und Mädchen mit Behinderungen aller Altersstufen und auf allen Ebenen, sich aktiv beteiligen können, in die Koordinierung einbezogen und in sinnvoller Weise konsultiert werden.

58. Die Zuweisung von Ressourcen ist ein entscheidender Faktor, um angemessene Maßnahmen

zugunsten von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen und ihre Widerstandsfähigkeit im Hinblick auf künftige Notsituationen zu stärken. Die Staaten sollten auf der Grundlage eines menschenrechtsorientierten Programmierungsansatzes ausreichende, rasch verfügbare und berechenbare Mittel mobilisieren, damit sie die eingegangene Verpflichtung, Maßnahmen für Notfallvorsorge und Folgenbewältigung zu treffen, die Menschen mit Behinderungen einbeziehen und für sie zugänglich sind, operativ umsetzen können.

59. Es hat sich gezeigt, dass es in Feldeinsätzen häufig an Kapazitäten fehlt, um Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen zu unterstützen. Staaten, nichtstaatliche Akteure und humanitäre Akteure sollten durch Kapazitätsaufbau dafür sorgen, dass bei Notfalleinsätzen die beteiligten Parteien, auf militärischer wie auf ziviler Ebene, das Friedenssicherungspersonal und sonstiges Feldpersonal die Rechte von Menschen mit Behinderungen besser berücksichtigen können.

60. Der Wiederaufbau bietet die einmalige Chance, „es beim nächsten Mal besser zu machen“. In Anwendung eines menschenrechtsorientierten Ansatzes sollten die Staaten und die humanitären Akteure die Zugänglichkeit gewährleisten, indem sie bei der Programmierung und bei allen Wiederaufbaumaßnahmen nach einem Notfall ein universelles Design anwenden, vor allem während der Planung und dem Wiederaufbau von Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen. Die internationale Zusammenarbeit sollte im Einklang mit den Normen erfolgen, die im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgelegt wurden. Universelles Design, Zugänglichkeit und Nichtdiskriminierung sollten integrierte Ergebnisindikatoren, Design-Parameter und Kriterien für Mittelzuweisung sein, um einen Wiederaufbau von hoher Qualität sicherzustellen.

61. Die Aufgabe, primären Beeinträchtigungen vorzubeugen, sollte Teil der Gesundheitsstrategien oder anderer übergreifender Strategien für Risikoprävention sein, ohne dass sich dies negativ auf die Bereitstellung von Mitteln für behinderungsbezogene Strategien auswirkt. Die humanitären Akteure sollten es vermeiden, in ihre behinderungsbezogenen Strategien Fragen der Prävention primärer Beeinträchtigungen aufzunehmen.

62. Innerhalb der derzeitigen Rahmenregelungen des Sicherheitsrats werden Informationen über Zivilpersonen, Kinder und Frauen in Konflikten gesammelt. Die systematische Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen in diese Maßnahmen und Mechanismen würde die Gewinnung von Daten über ihre

Situation erleichtern. Die Staaten sollten die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die bestehenden Rahmenregelungen der Vereinten Nationen für den Umgang mit Konfliktsituationen und Notlagen fördern und international vereinbarte Normen und Leitlinien für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in humanitäre Maßnahmen mit Nachdruck unterstützen und weiter ausbauen.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Text wurde erstveröffentlicht unter dem Titel *Katastrophenhilfe muss inklusiv sein. Empfehlungen des UN-Hochkommissariats für Menschenrecht*, Information Nr. 4.: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2017.
- 2 UN, Human Rights Council (2015): Thematic study on the rights of persons with disabilities under article 11 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, on situations of risk and humanitarian emergencies. Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, UN Doc. A/HRC/31/30. http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/31/30 (abgerufen am 28.02.2017). Die Studie ist auch in Leichter Sprache in Englisch verfügbar: UN, Office of the High Commissioner for Human Rights (2015): The rights of people with disabilities when wars or big problems happen in a country. Easy to read version in English, UN Doc. A/HRC/31/30. <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Disability/Pages/StudiesReportsPapers.aspx> (abgerufen am 28.02.2017).
- 3 Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008, BGBl. II S. 1419; Bekanntmachung des Inkrafttretens, BGBl. II 2009, S. 818.
- 4 UN, Office of the High Commissioner for Human Rights: Submissions to the thematic study article 11 of the Convention on the rights of persons with disabilities (CRPD), on situations of risk and humanitarian emergencies. <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Disability/Pages/SubmissionsArticle11.aspx> (abgerufen am 22.02.2017).
- 5 Ebd.
- 6 UN, Human Rights Council (2016): The rights of persons with disabilities in situations of risk and humanitarian emergencies, UN-Doc. A/HRC/31/L.8. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G16/055/82/PDF/G1605582.pdf?OpenElement> (abgerufen am 28.02.2017).
- 7 Dijkzeul, Dennis / Reinhardt, Dieter (2013): Das internationale humanitäre System und seine Akteure. In: Lieser, Jürgen / Dijkzeul, Dennis (Hg.): Handbuch Humanitäre Hilfe, Berlin: Springer-Verlag, S. 77, 78.
- 8 UN, General Assembly (1991): Strengthening of the coordination of humanitarian emergency assistance of the United Nations. 78th plenary meeting, 19 December 1991, UN-Doc. A/RES/46/182, Ziff. 2. <http://www.un.org/documents/ga/res/46/a46r182.htm> (abgerufen am 28.02.2017).
- 9 Heintze, Hans-Joachim (2013): Humanitäre Hilfe und staatliche Souveränität in Gewaltkonflikte. In Lieser / Dijkzeul (Hg.), a.a.O., S. 216.
- 10 UN, General Assembly (2004): Strengthening of the coordination of emergency humanitarian assistance of the United Nations. Resolution adopted on 17 December 2003, UN-Doc. A/RES/58/114. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/58/114 (abgerufen am 28.02.2017).
- 11 Das Abkommen wurde am 12. August 1949 in Genf geschlossen und ist für die Bundesrepublik am 3. März 1955 in Kraft getreten (BGBl. II S. 1133).
- 12 Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte vom 8. Juni 1977 (BGBl. 1990 II, S. 1551).
- 13 Heintze, Hans-Joachim (2013), a.a.O., S. 217.
- 14 Deutsche Übersetzung von Gabriele Lassen-Mock, Berlin.

AUTORIN

Anna Hückmann ist Mitarbeiterin der Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Kurzmeldungen | Announcements

UN Report Finds Inclusion Gaps for People with Disabilities

The UN released its first-ever report on persons with disabilities and the SDGs on 3rd December 2018, finding persons with disabilities continue to face numerous barriers to their full inclusion and participation in the life of their communities. The UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) launched the report during the commemoration of the International Day of Persons with Disabilities. The publication titled, UN Flagship Report on Disability and Development 2018: Realization of the Sustainable Development Goals By, For and With Persons with Disabilities, is the first UN system-wide effort to examine disability and the SDGs at the global level. The report is published by, for and with persons for disabilities with the aim of fostering more accessible, disability-inclusive societies. The report connects findings on persons with disabilities with each of the 17 SDGs. On SDG 1 (no poverty), the report states that poverty rates are 15 percentage points higher, on average, for persons with disabilities; in some countries, the proportion of persons with disabilities living under the national poverty line is double that of persons without disabilities. Similarly, on SDG 2 (zero hunger), the average percentage of persons with disabilities who are unable to afford protein every second day is nearly double that of people without disabilities. In their daily lives, persons with disabilities face challenges in accessibility to workplaces,

businesses and public spaces, as well as access to education, health and sanitation facilities, transport and new technologies. Further, the report indicates that persons with disabilities, particularly women and girls, are underrepresented in decision-making and political participation. It concludes that persons with disabilities "are not yet sufficiently included in the implementation, monitoring and evaluation of the SDGs." The report notes that the 2030 Agenda for Sustainable Development is linked to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), and its implementation should be in line with the CRPD to incorporate the disability perspective in all aspects of SDG implementation, monitoring and evaluation. The report provides recommendations on how to achieve specific SDGs for persons with disabilities. On SDG 7 (affordable and clean energy), for example, the report suggests eight steps to address the energy needs and implement SDG 7 for persons with disabilities by 2030, such as including targeted measures for persons with disabilities in energy programs and promoting electricity in schools to increase the use of assistive technology in education and enhance opportunities for students with disabilities to participate equally in educational systems. On data, the report finds a significant increase in the number of countries that now include a set of questions on disability in their census: in 1970, approximately 19 countries or areas included questions on disability, while 120 countries or areas did in 2010. To

increase the availability of data disaggregated by disability, the report recommends: continuing to build capacity to collect, process, analyse and disseminate data disaggregated by disability; regularly updating international guidelines on the production of data disaggregated by disability; and investing in an international repository of disability data to monitor progress towards the SDGs for persons with disabilities. To compile the report, researchers reviewed legislation from 193 UN Member States to highlight good practices that can create a more inclusive society in which people with disabilities can live independently. For instance, 168 countries have disability schemes that provide periodic cash benefits to persons with disabilities, only one-third of these countries cover persons with disabilities regardless of their income status. The report calls for recognising the contributions of persons with disabilities to society and for enhancing efforts to mainstream the needs, rights and perspectives of people with disabilities into the process of achieving the SDGs at all levels to leave no one behind (LNOB). To advance inclusive development for all, the report recommends concrete action in four areas: 1) addressing fundamental barriers causing exclusion of persons with disabilities, including discriminatory laws and policies, negative attitudes, stigma and discrimination and lack of access to assistive technology, among other barriers; 2) mainstreaming disability in SDG implementation, particularly for SDG 1 (end poverty),

SDG 3 (good health and well-being), SDG 4 (quality education), SDG 6 (clean water and sanitation), SDG 7 (affordable and clean energy), SDG 8 (decent work and economic growth) and SDG 11 (sustainable cities and communities; 3) investing in monitoring and evaluation of progress towards the SDGs for persons with disabilities; and 4) strengthening the means of implementation of the SDGs for persons with disabilities in the areas of capacity building, technology, finance, policy and institutional coherence and multi-stakeholders partnerships.

Information: <http://sdg.iisd.org/news/un-report-finds-inclusion-gaps-for-people-with-disabilities/>; <http://globalaccessibilitynews.com/2018/12/05/first-report-on-persons-with-disabilities-and-the-sdgs/>; <https://www.un.org/development/desa/disabilities/wp-content/uploads/sites/15/2018/12/UN-Flagship-Report-Disability.pdf>.

Empowerment, Inclusivity and Equity: How Disaggregating Data by Disability Ensures No-One is Left Behind

Improved methodologies for collecting data on persons with disabilities, such as the Washington Group questions, and increased awareness of data disaggregated by disability are pushing a change in how persons with disabilities are included in development and humanitarian processes. There is a growing body of evidence, driven by the inclusion of disability questions in many national surveys and censuses, which can be used to inform policy, plans and strategies for reaching the Sustainable Development Goals. UN agencies, NGOs and DPOs are increasingly using the Washington Group questions and donors often now require that funding applications include data disaggregated by disability using

the Washington Group Short Set Questions. This witnesses a shift in political will with entities involved in data collection finally recognising and including persons with disabilities. However this does not invite complacency. The old adage *if you don't count it, it doesn't count* has particular relevance for persons with disabilities. Despite recent efforts, some policy and decision makers continue to incorrectly assume that reliable data on persons with disabilities is still lacking – and use this assumption to justify excluding disabled children and adults from many poverty alleviation efforts. The need to promote and increase the availability of good disability data to better understand and improve the lives of the one billion people worldwide who live with a disability could not be more pressing. The upcoming High Level Political Forum (HLPF), with its theme of empowering people and ensuring inclusiveness and equity, offers an important opportunity to highlight what we know about the quality of data on disability; what it is showing us about how empowered, included and equitable persons with disabilities feel; and what more needs to be done to strengthen the collection of data disaggregated by disability. In partnership with Humanity & Inclusion, Leonard Cheshire has prepared a report on Disability Data Collection: A Summary Review of the Use of the Washington Group Questions by Development and Humanitarian Actors which outlines research and findings on the use of the Washington Group questions in different types of data collection activities. By working together and sharing these insights and learnings, Humanity & Inclusion and Leonard Cheshire hope to contribute to global dialogues about data collection disaggregated by

disability, including the upcoming HLPF. Leonard Cheshire and Humanity & Inclusion have identified successful examples of using the Washington Group Questions by both development and humanitarian actors in their data collection efforts. However, both sets of research also have shown that it is not always possible to collect data on persons with disabilities in acute humanitarian crises. They also show that the Washington Group Questions are not an appropriate methodology for every situation, with small scale, qualitative initiatives in particular often benefiting more from different, less quantitative approaches. A critical learning from this report is that training on the correct use of the Washington Group Questions is necessary at all levels. A particularly important finding from the study is that the Washington Group Questions are intended to determine prevalence of disability but are not designed to be used as a diagnostic tool which was identified as a common misunderstanding. Until recently, systematic collection and analysis of disability statistics has been largely overlooked. Growing efforts to collect and analyse data on persons with disabilities has increased significantly in recent years. In part, these efforts have been spurred on by data collection requirements called for in the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) and inclusion of disability within the Sustainable Development Goals with their call to "leave no one behind". Leonard Cheshire has been working to support these Goals through activities such as the Disability Data Portal, which was created for the Global Disability Summit in London in July 2018. This Portal is an important new resource for global data on persons with disabilities and is

intended to become a *go to* source that can provide a quick, easily accessible and widely useable reference point for data on persons with disabilities in countries around the world. The Disability Data Portal pulls together the growing body of data that in the past, has been difficult to find, use and compare because it has been scattered through many national censuses, surveys, studies and reviews, using a range of different collection instruments that have not consistently been analysed or widely disseminated. Currently, the Portal hosts data disaggregated by disability in 40 countries across 16 development indicators. Focusing on four thematic areas – inclusive education, stigma and discrimination, technology and innovation, and economic empowerment (in line with the 2018 Global Disability Summit priorities), the Portal provides an easily accessible *one stop shop* for data on people with disabilities, pulling together a wide array of data from dozens of censuses, surveys and other data collection instruments at national and regional levels. Providing a snapshot of the situation for persons with disabilities in 40 countries, the Portal shows that a substantial amount of data on disability exists. The data, however, reveals that, quite shockingly, across all four thematic areas explored and for the majority of countries examined, persons with disabilities are being left behind. This should serve as a wake-up call for the HLPF, and all those concerned with the achievement of the SDGs. Not only do policy-makers and practitioners need to revisit their understanding of the availability of data on disability, but they also need to start acting on this data to reduce the gaps between persons without and persons with disabilities and to truly ensure no

one is left behind in achieving the SDGs. The Disability Data Portal is an open source and a collaborative resource to be used widely by international agencies, governments, civil society, researchers and advocates. The information is intended not only for those who concentrate on disability issues and advocacy, but just as importantly, for the many others working in a range of development, health and poverty alleviation efforts who are not disability experts, but who need an accessible, easily useable source of information. This means that policy and decision makers can no longer hide behind the excuse that there is no data. The Disability Data Portal allows for cross-country comparisons, global overviews of progress and an analysis of where gaps still exist. It can act as an important tool in the run up to the HLPF as it hosts data on the SDGs under thematic review and can help to define actions that need to be taken by national governments, development partners and DPOs to ensure that persons with disabilities are empowered, included and treated equitably in policies, programming and financing to achieve the SDGs.

Information: <http://www.internationaldisabilityalliance.org/DDAWG-Newsletter2-2019#Link2>; <https://www.disabilitydataportal.com/fileadmin/uploads/lcdp/Documents/report-web-version.pdf>.

Disability Statistics in Vietnam

The Vietnam General Statistic Office has just launched the national survey on people with disabilities 2016 in Vietnam. This is the first time a specific survey on data of persons with disabilities has been conducted with tool sets based on the international standards on disability (Washington Group on Disability Statistics and

the Washington – UNICEF tool for children). This survey selected a sample size of over 35,000 households and 1,000 communes in all provinces of the country. The total number of people with disabilities in the entire country is 6,225,519, in which 671,659 are children aged 2-17. This counts for 7.09%. However, the survey report clearly indicates that since this survey does not cover the entire population, the actual number of people with disabilities must be higher than the data collected from the survey.

Information: http://www.internationaldisabilityalliance.org/DDAWG-Newsletter2-2019#; https://www.gso.gov.vn/default_en.aspx?tabid=515&idmid=5&ItemID=19055.

Using the Washington Group Questions in Humanitarian Action (Learning Toolkit on Disability Data Collection)

Humanity & Inclusion has created a learning toolkit to improve the collection of quality data on persons with disabilities and improve its use by humanitarian organisations. Until now, existing guidance on the Washington Group Questions (WGQs) has been specific to national data collection efforts on persons with disabilities. To address the lack of guidance for humanitarian actors, Humanity & Inclusion (HI) is launching a learning toolkit on collecting data in humanitarian action, which includes an e-learning, a training pack for enumerators and various supporting resources that can all be found on the HI website. To respond to the need to collect, analyse and use data on persons with disabilities in humanitarian action, HI has been implementing a project, funded by the UK Department for International Development, to test and assess the use of the WGQs in humanitarian action. An action-research

was carried out with over 30 humanitarian partners in Jordan, the Democratic Republic of Congo and the Philippines, with the evidence used to develop learning materials. In addition to the findings of the action-research, HI gathered inputs from over 30 humanitarian organisations working in 22 countries to inform the design of the learning toolkit. Specific focus was given to the development of open source materials that would be accessible with screen readers, on mobile phones, and in hard to reach locations. The content was then informed by selected subject matter experts in inclusive humanitarian action and data collection. The toolkit includes an e-learning on Collecting Data for the Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action – The Application of the WGQs providing an entry point for humanitarian actors who would like to understand how to plan for and use the WGQs. Moreover it includes a Training Pack for enumerators giving guidance, session plans and activities to deliver training on using the WGQs (developed in collaboration with RedR UK). Supporting resources providing practical guidance on the application of the WGQs in humanitarian contexts. The toolkit is tailored to a full range of humanitarian actors who would like to understand how to use the WGQs in their own work and organisations. The content has also been designed to provide technical guidance for programme and technical staff: with a practical focus on different topics relevant for the use of the WGQs –from the human rights based approach that underpins them, to their planning, use and the analysis of the data produced.

Information: <https://asksource.info/resources/using-washington-group-questions-humanitarian-action->

learning-toolkit-disability-data; <https://humanity-inclusion.org.uk/en/disability-data-in-humanitarian-action#8>.

Children with Disabilities in Situations of Armed conflict

During armed conflict, children with disabilities are caught in a vicious cycle of violence, social polarisation, deteriorating services and deepening poverty. Global estimates suggest there are between 93 million and 150 million children with disabilities under the age of 15. Given that disability is often not reported due to stigma there is reason to believe actual prevalence could be much higher. Although efforts to ensure the fulfilment of their rights have improved, girls and boys with disabilities continue to remain among the most marginalised and excluded segment of the population. This is amplified during situations of armed conflict. The barriers to full participation they face on a day-to-day basis are intensified and compounded when infrastructure is destroyed, and services and systems are compromised and made inaccessible. This results in the further exclusion and marginalisation of children with disabilities, and prevents them from accessing schooling, health and psychosocial support, or a means of escape from conflict. When systems and services break down, children are also left more susceptible to violence. Injuries sustained by many children during armed conflict may also lead to long-term impairments. There are six grave violations of children's rights and protection in armed conflict that are on the agenda of the United Nations (UN) Security Council; killing and maiming, recruitment and use of children, rape or other sexual violence, abduction, attacks on schools or hospitals, and denial of humanitarian access.

Governments around the world have committed themselves to respect, promote, and fulfil the rights of children with disabilities, including in situations of armed conflict, and progress is being made. Efforts by a broad range of actors to implement the CRPD (UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities), CRC (Convention on the Rights of Child) and other human rights instruments include the development of standards to address the rights and needs of persons with disabilities in humanitarian crises, and guidance on making humanitarian response, development and peacebuilding more inclusive. Efforts to improve the collection and use of data concerning children and adults with disabilities are also underway. Yet, as a discussion paper from UNICEF makes clear, much more needs to be done. Investments in disability-inclusive humanitarian action and recovery from crises will pay off, contributing towards a dividend of peace built on greater equality, tolerance and justice.

Information: <https://asksource.info/resources/children-disabilities-situations-armed-conflict-a-discussion-paper>; https://www.unicef.org/disabilities/files/Children_with_Disabilities_in_Situations_of_Armed_Conflict-Discussion_Paper.pdf.

Promoting Disability-Inclusive Formal Employment in Developing Countries

Sightsavers and Leonard Cheshire – both are NGO members of the ILO Global Business and Disability Network – are each leading a consortium to deliver a three-year programme from 2019 to 2022, funded by the UK Aid Connect programme. Sightsavers is leading the consortium to implement Inclusion Works, an innovative programme of work designed to test

how best to promote disability-inclusive employment in the formal sector. Leonard Cheshire is leading the consortium to implement Innovating Pathways for Employment Inclusion (IPEI), which aims to support people with disabilities to have equal access to waged employment in Kenya and Bangladesh. The design phase for both programmes will end in March and actual implementation will start in April 2019. The consortia have been consulting with key stakeholders in each of the four countries to develop a better understanding of how the programmes could facilitate a positive change for people with disabilities in the labour market. The consortia look forward to sharing the progress of the programmes and invite other Global Business and Disability Network (GBDN) members to get engaged.

Information: <http://www.businessanddisability.org/news/promoting-disability-inclusive-formal-employment-in-developing-countries/>.

Launch of India Business Disability Network

The Confederation of Indian Industry (CII) launched the India Business Disability Network (IBDN) at the National Conference on Mainstreaming Inclusivity & Accessibility – Enabling Industry in Delhi on 21st January 2019. The IBDN is a National Business and Disability Network that promotes and facilitates an inclusive, accessible and a barrier-free workplace within the corporate sector, and set up in joint partnership with the International Labour Organisation (ILO) and the Employers' Federation of India (EFI). IBDN will bring together industry think tanks, policymakers, disability community representatives and organisations for knowledge creation

and dissemination, advocacy and dialogue, as well as facilitation of partnerships and services. The launch of IBDN was supported by the German Technical Cooperation (GIZ). The National Conference was held with the objective of creating a learning platform for organisations to engage and include persons with disabilities within their ecosystems; understanding the skilling requirements, gaps and technology solutions to bring in inclusion; and proposing policy recommendations on mainstreaming inclusion. The discussions were focused on effectively addressing barriers, sharing experiences, good practices and accessibility and employability solutions for inclusion of persons with disabilities at the workplace. Some of the good practices towards driving the inclusion agenda were shared.

Information: <http://www.businessanddisability.org/news/cii-launches-the-india-business-disability-network-a-unique-platform-for-companies-to-enable-inclusion/>.

Countries Urged to Act on Universal Social Protection

Countries have been called on to develop their national social protection systems, which comprise basic, lifelong social security guarantees for all, for health care and income security. A Call to Action to this effect was issued by members of the Global Partnership for Universal Social Protection (USP2030), who convened at a high-level conference at the International Labour Organisation (ILO) headquarters on 5th February 2019. The Call to Action refers to earlier member State commitments, particularly to end poverty, undertaken within the Sustainable Development Agenda. Universal social protection ensures that anyone who needs social protection can

access it at any time. This includes child benefits, pensions for older persons and benefits for people of working age in case of maternity, disability, work injury or for those without jobs. Countries in many parts of the world have achieved universal coverage, such as Bolivia, Cabo Verde, Lesotho, Mongolia, Namibia, South Africa and Timor Leste. Mongolia, for instance, has been able to provide universal old age and disability pensions, as well as universal maternity and child benefits. However, more than half of the global population (four billion people) still has no access to even one social protection benefit. Forty-five per cent of the global population receives only one social protection benefit. Progress has been best in old-age pensions, with 68 per cent of older persons receiving a pension. However, child and family benefits are limited to one third of the world's children: 1.3 billion children do not have social protection. The numbers worsen for persons with disabilities: only 28 per cent receive social protection benefits. In many countries, there are still large coverage gaps and inadequate benefits. One challenge, discussed by meeting participants, is the long-term willingness and capability of governments to invest in the expansion of social protection to all, including informal and gig economy workers and women who may work their whole lives but receive no pension. Another challenge is how to secure sustainable and equitable financing for social protection. According to the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), developing countries spend just seven per cent of GDP on social protection whereas OECD countries spend nearly three times that. Universal social protection is achieved through national

policies and programmes that provide equitable access to all people and protect them throughout their lives against poverty and risks to their livelihoods and well-being. This protection can be provided through a range of mechanisms, including via cash or in-kind benefits, contributory or non-contributory schemes, and programmes to enhance human capital, productive assets and access to jobs. The provision of a social protection floor for all people in developing countries costs as little as 1.6 per cent of their gross domestic product (GDP) on average. National action is required in five areas: protection throughout the life cycle; universal coverage; country-level ownership; sustainable and equitable financing, both domestic and international; and participation and social dialogue.

Information: https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_669390/lang--en/index.htm.

The Empowerment of Women and Girls with Disabilities: Towards Full and Effective Participation and Gender Equality

It is estimated that more than one billion people in the world experience some form of disability. The average prevalence rate in the female population 18 years and older is 19.2 per cent, compared to 12 per cent for males, representing about one in five women. Women and girls with disabilities face systemic marginalisation and attitudinal and environmental barriers that lead to lower economic and social status; increased risk of violence and abuse, including sexual violence; discrimination as well as harmful gender-based discriminatory practices; and barriers to access education, health care, including sexual and reproductive health,

information and services, and justice as well as civic and political participation. This hinders their participation on an equal basis with others. A strategy document, developed by UN Women, aims to ensure a more systematic approach to strengthen the inclusion of the rights of women and girls with disabilities in UN Women's efforts to achieve gender equality, empowerment of all women and girls, and the realisation of their rights. The strategy aligns with UN Women's Strategic Plan 2018–2021 and commitments made in the common chapter to the Strategic Plans of UNDP, UNFPA, UNICEF, and UN Women, and further builds upon UN Women's work in the area of empowerment of women and girls with disabilities.

Information: <http://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2018/12/the-empowerment-of-women-and-girls-with-disabilities; http://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2018/empowerment-of-women-and-girls-with-disabilities-en.pdf?la=en&vs=3504>.

The Rights of Persons with Disabilities and the 2030 Agenda for Sustainable Development

The Danish Institute for Human Rights has published a matrix to demonstrate the links between the SDGs and the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities in December 2018. Given the explicit grounding of the 2030 Agenda and its related Goals and Targets in international human rights treaties, this publication has been developed to demonstrate the links between the SDGs and the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD). It is a tool to enable practitioners in the development and human rights fields, and organisations working

specifically on issues relating to persons with disabilities, to begin to build their human rights-based approach to implementing and/or monitoring progress towards the achievement of the SDGs for persons with disabilities, through identifying their specific rights that are of relevance to the SDG Goals and Targets. The report was developed in collaboration with the International Disability Alliance.

Information: <https://www.humanrights.dk/publications/rights-persons-disabilities-2030-agenda-sustainable-development>.

From Recognition to Realisation of Rights: Furthering Effective Partnership for an Inclusive Pacific 2030

From recognition to realisation of rights, furthering effective partnership for an inclusive Pacific 2030, will be the centre of the conversation during the 6th Pacific Regional Conference on Disability at Tanoa International Hotel in Nadi Fiji from 25 February to 1 March 2019. The conference will bring together delegations from disabled person's organisation (DPOs), governments, disability service providers, UN Agencies, Donors, NGOs and development actors from around the region and globally to effectively strengthen partnership for an inclusive Pacific 2030. In the Pacific, the overall domestic resource allocation for the inclusion of persons with disabilities in most countries is still below 0.15% of their GDP. In most Pacific Island Countries, governments have strong reliance on foreign donor assistance to enable them invest in disability-specific and disability-inclusive services and programmes. Pacific Disability Forum calls for more effective regulatory changes across sectors and development of support services

to enable significant improvement in the life of persons with disabilities and their families. While some countries are prioritising few issues, a whole-of-government approach to inclusion is inevitable if we are to guarantee an inclusive Pacific 2030.

Information: <http://www.pacificdisability.org/News/PRESS-RELEASE-From-Recognition-to-Realisation-of-R.aspx>.

UN Launches Campaign to Eliminate Violence against Children and Adolescents with Disabilities in Asia-Pacific

Countries in Asia-Pacific have committed to accelerate efforts to promote the rights of, and eliminate violence against, children and

adolescents with disabilities. The pledge came as part of the regional launch of the Global Campaign for the Good Treatment of Girls, Boys and Adolescents with Disabilities in the World held in Bangkok on 25th September 2018. The launch brought together policymakers, advocates and persons with disabilities to introduce ten principles for protection, well-being and development for children and adolescents with disabilities, who are at greater risk of experiencing violence. Children with disabilities are up to four times more at risk of experiencing violence than their peers without disabilities, and in Asia-Pacific, around half of all children with disabilities do not transition from primary to secondary

education. As a result, persons with disabilities are up to six times less likely to be employed. Policymakers gathered at the launch discussed the challenges faced by children and adolescents with disabilities, and shared national experiences and good practices on advancing their rights in the region.

Information: <https://www.unescap.org/news/un-launches-first-campaign-eliminate-violence-against-children-and-adolescents-disabilities>.

Wegsehen hilft nicht.
Spenden schon.

Acht Jahre nach Kriegsausbruch
fehlt es den Kindern in Syrien an allem.
Unterstützen Sie mit Ihrer Spende
unsere Helfer vor Ort.

#nichtwegsehen

Jetzt spenden unter: www.caritas-international.de

caritas international

DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Literatur

Nidhi Singal/Paul Lynch/Shruti Taneja Johansson

Education and Disability in the Global South - New Perspectives from Africa and Asia

Education and Disability in the Global South brings together new and established researchers from a variety of disciplines to explore the complexities and dilemmas encountered in providing education to children and young people with disabilities in countries in South Asia and Africa. Applying a range of methodological, theoretical and conceptual frameworks across different levels of education systems, from preschool to higher education, the contributors examine not just the barriers but also the opportunities within the educational systems, in order to make strong policy recommendations. Together, the chapters offer a comprehensive overview of a range of issues, including a nuanced appreciation of the tensions between the local and global in relation to key developments in the field, critiquing a globalised notion of inclusive education, as well as proposing new methodological advancements in taking the research agenda forward. Empirical insights are captured not just from the perspectives of educators but also through engaging with children and young people with disabilities, who are uniquely powerful in providing insights for future developments.

Bezug: <https://www.bloomsbury.com/uk/education-and-disability-in-the-global-south-9781474291224/>.

Leda Kamenopoulou

Inclusive Education and Disability in the Global South

This edited volume examines inclusive education and disability in the

global South. Presenting four qualitative research studies conducted in Malaysia, Bhutan, Philippines and Belize, the authors examine the implementation of inclusive education and disabled children's participation in the education system: contexts on which very little is known. Thus, this book provides a unique opportunity to access rare context-specific information concerning this region of the world; and to reflect on the particular challenges some countries face in the realisation of full participation of all children within education. Authored by researchers who are also teaching professionals with experience and understanding of the complexities of the real world, this book reminds us that researchers and policy makers must listen to all voices and perspectives: especially those that have remained silenced and ignored.

Bezug: <https://www.palgrave.com/de/book/9783319728285>.

Olaf Kraus de Camargo/Liane Simon/Gabriel M. Ronen/Peter L. Rosenbaum (Eds.)

ICF: A Hands-On Approach for Clinicians and Families

This accessible handbook introduces the World Health Organisation's International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) to professionals working with children with disabilities and their families. It contains an overview of the elements of the ICF but focusses on practical applications, including how the ICF framework can be used with children, families and carers to formulate health and management goals. The Appendices contain case studies for individuals and interdisciplinary teams to work through and discuss, alongside other

resources, and a copy of an ICF code set for children and youth is available to download online.

Bezug: <http://www.mackeith.co.uk/shop/icf-a-hands-on-approach-for-clinicians-and-families/>.

Isabel Ortiz/Valérie Schmitt/Loveleen De (Eds.)

100 Years of Social Protection: The Road to Universal Social Protection Systems and Floors

This volume documents how countries in Africa, the Americas and the Caribbean, Asia and the Pacific, and Europe have achieved universal coverage in the areas of child and maternity benefits, disability and old age pensions, health and others; which financing sources countries have allocated for the extension of social protection; what innovations governments have implemented to ensure that no one is left behind. The volume also documents historical perspectives to understand how national social security systems have advanced over the past decades. These country experiences are useful for practitioners and policy-makers, to provide the basis for better informed policies. It also provides inspiration to all of us on ways to build the future that we want, a world where the human right to social protection is a reality for all.

Bezug: https://www.ilo.org/secsoc/information-resources/publications-and-tools/books-and-reports/WCMS_669790/lang--en/index.htm; https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---soc_sec/documents/publication/wcms_669790.pdf.

*Wesley Pryor/Liem Nguyen/
Qumrun Naher Islam/Faruk
Ahmed Jalal/Marella Manjula*

Unmet Needs and Use of Assistive Products in Two Districts of Bangladesh: Findings from a Household Survey

Access to assistive products (AP) is an under-researched public health issue. Using an adaptation of a draft World Health Organisation tool - the Assistive Technology Assessment - Needs (ATA-N) for measuring unmet needs and use of AP, we aimed to understand characteristics of AP users, self-reported needs and unmet needs for AP, and current access patterns in Bangladesh. The ATA-N was incorporated in a Rapid Assessment of Disability (RAD), a population-based survey to estimate prevalence and correlates of disability. In each of two unions of Kurigram and Narsingdi districts, 60 clusters of 50 people each aged two years and older were selected using a two-staged cluster random sampling process, of whom, 4250 (59% Female; 41% Male) were adults, including 333 using AP. We estimate 7.1% of the studied population used any AP. AP use is positively associated with age and self-reported functional difficulty. The proportion of people using AP is higher for mobility than for sensory and cognitive difficulties. Of all people with any functional difficulty, 71% self-reported an unmet need for AP. Most products were home or self-made, at low cost, but provided benefits. Needs and unmet needs for AP are high, especially for people with greater functional difficulties. Assessing unmet needs for AP revealed important barriers to scale that can inform policy and practice.

Bezug: Int. J. Environ. Res. Public Health 2018, 15(12), 2901; doi:10.3390/ijerph15122901; <https://www.mdpi.com/1660-4601/15/12/2901>; <https://www.mdpi.com/1660-4601/15/12/2901/pdf>.

International Institute of Rural Reconstruction (IIRR)/Give2asia

Facilitating Inclusion in Disaster Preparedness: A Practical Guide for CBOs

This guidebook was produced to build the capacity of Communities of Practice members on inclusive Disaster Risk Reduction (DRR). IIRR and Give2Asia hope that this guidebook will help CBOs in Asia make their disaster preparedness programs more inclusive and sensitive to the needs of vulnerable groups in communities. There are three parts: Part 1: Principles and practice of inclusion in DRRM and disaster preparedness; Part 2: Dimensions of Inclusive Disaster Preparedness; Part 3: Practical tools and strategies in inclusive disaster preparedness - including: Hazard vulnerability and capacity assessment; Early warning system and Emergency preparedness. This guidebook aims to: Enable partner CBOs to delve into strategic planning, approaches and tools on Inclusive DRR; Provide alternative learning avenues for sectors to shift paradigm: from looking at excluded groups as *the recipient, or an object* into a more equitable gender-fair and humane categorisation, such as intervenors or pro-actors; Provide samples of standard platforms and protocols on inclusive disaster risk assessment, structural framework, gender-mainstreaming and paralegal support systems; Develop a community of learning (COL) in sharing inclusion on rights, advocacy, livelihoods, and entitlements.

Bezug: <https://asksource.info/resources/facilitating-inclusion-disaster-preparedness-a-practical-guide-cbos>; https://www.preventionweb.net/files/submissions/61448_drr2inclusionfinalaugust022018lowres2.pdf.

CBM International

My Right is Our Future - The Transformative Power of Disability-Inclusive Education

This publication explores the challenges of disability-inclusive education systems and provides practical support suggestions that can better meet both the general and specific learning needs of all children, including those with disabilities. It recognises that inclusive education is a complex process and aims to help governmental and non-governmental actors to navigate the most suitable pathways to change. Topics include: Individual and systemic approaches; non-negotiable commitments; collaboration; long-term process; understanding and awareness; stakeholder empowerment and engagement; Innovation: accessibility and reasonable accommodation; Innovation: teachers and teacher education; Innovation: transition and life-long learning; and organising inclusive education systems. 15 case studies are provided.

Bezug: <https://asksource.info/resources/my-right-our-future-transformative-power-disability-inclusive-education-03-series>; https://www.cbm.org/article/downloads/54741/DID_Series_-_Book_3.pdf.

International Federation of Red Cross And Red Crescent Societies (IFRC)

Minimum Standards for Protection, Gender and Inclusion in Emergencies

The International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) Minimum standards for protection, gender and inclusion in emergencies (2018) is in its second edition. The first pilot version was published in 2015. The pilot version has been tested globally by Red Cross and Red Crescent staff, volunteers and management in low-, medium- and high-scale disasters and humanitarian crises. This edition

is the result of three years of testing, revision and feedback from protection, gender and inclusion (PGI) and sectoral specialists. New chapters, such as cash-based interventions, have been added as well as a stronger focus on sexual and gender-based violence and disability inclusion to align with the commitments of the IFRC and its member National Societies. This edition is accompanied by the IFRC Protection, gender and inclusion in emergencies toolkit (2018–2019). This guidance presents Red Cross and Red Crescent staff, members and volunteers with a set of minimum standards for protection, gender and inclusion (PGI) in emergencies. It aims to ensure that the emergency programming of the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) and National Societies provides dignity, access, participation and safety for all people affected by disasters and crises. It provides practical guidance on how to mainstream these four principles in all sectors, based on a consideration of gender, age, disability and other diversity factors. This includes limiting people's exposure to the risks of violence and abuse and ensuring that emergency programmes *do no harm*. The standards address protection, gender and inclusion concerns by providing practical ways to engage with all members of the community, respond to their differing needs and draw on their capacities in the most non-discriminatory and effective way. This helps to ensure that local perspectives guide assistance delivery. The standards also support incorporation of the seven Fundamental Principles of the International Red Cross and Red Crescent Movement.

Bezug: <https://asksource.info/resources/minimum-standards-protection-gender-and-inclusion-emergencies>; <https://media.ifrc.org/ifrc/wp-content/uploads/sites/5/2018/11/Minimum-standards-for-protection-gender-and-inclusion-in-emergencies-LR.pdf>.

Sunil Deepak/Naomi Harris

Diagnostic Study on Disabled Peoples' Organisations and National Union of Organisations of the Disabled in Liberia

The study involved DPOs from the national capital Monrovia and in three counties – Bong, Grand Gedeh and Nimba. The study included an initial Desk Review, collection of case studies from the field and visits to the counties to meet the county DPOs. Following these, a workshop was organised in Monrovia in which representatives of National Union of Organisations of the Disabled (NUOD) and the concerned DPOs took part. The workshop looked at the strengths and challenges faced by NUOD and DPOs, focusing on the skills needed for stronger and active DPO leadership.

Bezug: <https://asksource.info/resources/diagnostic-study-disabled-peoples-organisations-and-national-union-organisations-disabled>; https://asksource.info/sites/asksource.info/files/Diagnostic_study_DPOs_Liberia_14Dec2018.pdf.

Veranstaltungen/Events

26.06. - 28.06.2019

Rehabilitation International Asia & Pacific Regional Conference, Macau.

Information: <https://www.rimacau2019.org>.

Kontakt: Fuhong Society of Macau, Rua Sul do Patane e Rua do General Ivens Ferraz, 363, 381, 403 Edf. Lei Seng Kok, r/c, Macau; Tel.: +853 2822 0330; E-Mail: rimacau2019@gmail.com.

02.07. -03.07.2019

4th Asia-Pacific Community-Based Inclusive Development (CBID) Congress 2019: Sustainable Social Development and Economic Growth through Community-based Inclusive Development (CBID), Ulaanbaatar, Mongolia.

Information: <http://apcdfoundation.org/?q=content/first-announcement-4th-asia-pacific-community-based-inclusive-development-cbid-congress-2019>.

Kontakt: Ms. B. Nyamsuvd, E-Mail: nyamsuvd@mlsp.gov.mn; Mr. Somchai Rungsilp, E-Mail: somchai@apcdfoundation.org.

16.07. -19.07.2019

Panel Provincialising Disability Rights. Transnational Histories of Disability in Asia, Leiden, Netherlands.

Information: <http://www.rethinkingdisability.net>.

Kontakt: Paul Van Trigt, Doelensteeg 16, Leiden; E-Mail: p.w.van.trigt@hum.leidenuniv.nl.

04.09. - 05.09.2019 + 04.11. - 05.11.2019

Fit for Inclusion – Adressing Diversity. Fortbildungsprogramm zur inklusiven Gestaltung von Entwicklungsprojekten und -programmen, Bonn.

Information: <https://www.bezev.de/de/institut-fuer-inklusive-entwicklung/fort-und-weiterbildung/fit-for-inclusion/>.

Kontakt: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Institut für inklusive Entwicklung, Altenessener Str. 394-398, 45329 Essen; Tel.: 0201 17 88 963; Fax: 0201 1789026; E-Mail.: weigt@bezev.de.

21.09. - 24.09.2019

SDG-Academy „Inklusion in der Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsziele“ für Studierende, Bonn.

Kontakt: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Institut für inklusive Entwicklung, Altenessener Str. 394-398, 45329 Essen; Tel.: 0201 17 88 963; Fax: 0201 1789026; E-Mail.: weigt@bezev.de.

21.11. -22.11.2019

4th World Disability & Rehabilitation Conference 2019 (WDRC 2019), Colombo, Sri Lanka.

Information: <https://disabilityconference.co/>.

Kontakt: The International Institute of Knowledge Management, #531/18, Kotte road, Pitakotte; Tel.: +94 11 20 444 80; Hotline: +94 76 573 37 37; E-Mail: isanka.gamage@tiikmedu.com.

Schwerpunktthemen kommender Ausgaben der Zeitschrift **Focal Topics of Upcoming Issues**

2/2019: Daten und Behinderung

Data and Disability

verantwortlich/**responsible:** Gabriele Weigt

3/2019: Frauen mit Behinderung

Woman with Disabilities

verantwortlich/**responsible:** Prof. Dr. Michael Boecker

1/2020: Inklusive Bildung

Inclusive Education

verantwortlich/**responsible:** Prof. Dr. Sabine Schäper

Interessierte Autorinnen und Autoren mögen sich für nähere Informationen und unseren *Leitfaden für AutorInnen* bitte an die oben genannten Verantwortlichen wenden.

Darüber hinaus sind Vorschläge für weitere Schwerpunktthemen willkommen unter info@inie-inid.org.

If you are interested in contributing, please contact the respective member of the editorial board mentioned above for more information and our *Guidelines for Submissions*.

Moreover, we welcome ideas and suggestions for future focal topics which you can submit to our editorship at info@inie-inid.org.

Redaktionsschluss für zukünftige Ausgaben

Deadlines for the upcoming issues

	2/2019	3/2019	1/2020
Hauptbeiträge/ Focal articles	30.04.2019	31.07.2019	31.10.2019
Kurzbeiträge/ Other contributions	30.04.2019	31.07.2019	31.10.2019

Liebe Leserinnen und Leser,

bitte informieren Sie uns unter info@inie-inid.org über eine Adressänderung bzw. wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr beziehen möchten oder falls Ihnen die Zeitschrift nicht zugestellt worden ist.

Dear Reader!

Please notify any changes of address, if you wish to end your subscription or have not received the print edition to info@inie-inid.org.



Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.

Institut für inklusive Entwicklung

Altenessener Strasse 394-398

45329 Essen

Germany

Tel.: +49-(0)201/17 89 123

Fax: +49-(0)201/17 89 026

info@inie-inid.org

www.inie-inid.org

Behinderung und internationale Entwicklung

Die Zeitschrift Behinderung und internationale Entwicklung erscheint seit 1990 dreimal jährlich mit Beiträgen sowohl in deutscher als auch englischer Sprache. Ihr Anspruch ist es, ein Medium für einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Thematik zu bieten sowie die fachliche Diskussion zu pädagogischen, sozial- und entwicklungspolitischen sowie interkulturellen Fragen im Zusammenhang mit Behinderung in Entwicklungsländern weiterzuentwickeln. Jede Ausgabe ist einem Schwerpunktthema gewidmet, das durch Einzelbeiträge und einen aktuellen Informationsteil ergänzt wird.

Bezugsmöglichkeiten:

KOSTENFREIER VERSAND DER AUSGABE IM PDF-FORMAT per E-Mail für die Aufnahme in den Verteiler: info@inie-inid.org

KOSTENPFLICHTIGER BEZUG DER PRINTAUSGABEN für 18 €/Jahr

3 Ausgaben, innerhalb Deutschlands und 27 € im europäischen Ausland: info@inie-inid.org

DARÜBER HINAUS kostenlos im Internet unter

www.zeitschrift.bezev.de

Die Zeitschrift wird unterstützt durch | The journal is supported by:



bezev wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Disability and International Development

The journal Disability and International Development is published three times a year since 1990, featuring contributions in both English and German. Its objective is the scholarly and practice-oriented discourse on disability in low-income countries. The journal aims at providing a platform for a cross-border dialogue and promoting the professional discussion of related development policy, pedagogical/educational, socio-political and intercultural questions. Each issue is dedicated to a focal topic, complemented by single contributions on other subjects and up-to-date information.

Subscription:

FREE PDF VERSION via e-mail:

info@inie-inid.org for subscription

PRINT VERSION at a rate of 18 €/year, 3 issues, within Germany

and 27 € to other European countries:

info@inie-inid.org for subscription

IN ADDITION, a free online version is available at

www.zeitschrift.bezev.de